Einzel-Nummer 5 Pfennige.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 7, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis pro Woche 25 Pfg. „ „ Monat 1.05 Mk. „ für 3 Monate 3.10 Mk. Durch die Post bezogen 3.10 Mk. frei ins Haus 3.52 Mk., wo keine Post am Orte 3.94 Mk.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Auswärtige Inserate 40 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. Inf. für Arbeitsmarkt, Vereins- u. Versamml.-Anzeigen 15 Pfg. Familien-Nachrichten 20 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 254. Breslau, Montag, den 30. Oktober 1916. 27. Jahrgang.

Verfolgung in der Dobrudscha.

Boelcke abgestürzt! — Der kritische Reichstag.

Die Verfolgung in der Dobrudscha.

Die Verfolgung der Russen und Rumänen in der Dobrudscha geht mit Windeseile vor sich und während diese Zeilen in Druck gehen, haben die Spitzen der verfolgten Armeen sicher schon die Donauufer an der Nordgrenze dieser rumänischen Provinz erreicht und versuchen sich auf Pontons teils nach Russisch-Bessarabien, teils nach den rumänischen Grenzfestungen gegen Rußland zu retten. Dabei muß unterwegs Bagage, Munition und Proviant in Massen zurückgelassen werden, auch Gefangene werden täglich von den Nachhuten abgeschnitten. Es liegen darüber folgende Berichte vor:

1300 Gefangene.

Sofia, 28. Oktober. Amtlicher Bericht. Rumänische Front: An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe. In der Dobrudscha fortgesetzte Verfolgung des Feindes. Unsere Abteilungen stellten überall fest, daß der Feind überstürzt und in Unordnung nach den Pontonbrücken bei Horsowa, Braila, Isaktscha und Tultscha flieht. Die Brücke bei Horsowa wurde am Morgen des 26. Oktober zerstört. Unsere vorgeschobenen Abteilungen erreichten die Linie Ostrowo-Gegend südlich Beladagh. Im Laufe der zwei letzten Tage machten wir über 800 Gefangene und erbeuteten sieben Kanonen, fünf Munitionskisten und viele Wagen. Längs der Donau stellenweise Gewehrfeuer. Wir besetzten eine Insel östlich von Silistria.

Bericht vom 29. Oktober: In der Dobrudscha dauert die Verfolgung des Feindes fort. 500 neue Gefangene wurden eingebracht und ebenso eine Kolonne von Telephonisten des 4. sibirischen Korps.

Budapest, 29. Oktober. „Az Est" meldet aus Sofia: Die Flucht des geschlagenen Feindes aus der Dobrudscha ist so hastig, daß gar nicht die Linie feststellbar ist, wo sich gegenwärtig die Russen und die Rumänen befinden. Sicher ist, daß der flüchtende Feind bereits die Linie Ostrowo—Rostibach—Csukorovobach-Slavaserkeßta—Slavarusta—Babadag überschritten hat. Die in zwei Teile geteilten Truppen suchen in Braila und den östlich Tulcea bis Isacea gelegenen Ortschaften Zuflucht. Die Rumänen ziehen sich mehr gegen die Donau, die Russen zum Schwarzen Meere. Nach den eingetroffenen Berichten verlor der Feind riesige Mengen Proviant und Heizmaterial.

Die Rumänen selbst schweigen sich über diesen Teil ihres Kriegsschauplatzes aus — sie melden allerdings wahrheitsgemäß, es sei alles „beim Alten", was man bei der Fortdauer der eiligen Flucht nicht bestreiten kann — aber über ihre Kämpfe an der siebenbürgischen Ostgrenze wissen sie allerhand Siege zu melden:

Rumänischer Heeresbericht vom 28. Oktober.

Nord- und Nordwestfront: Bei Fulges und Vieaz leichte Gefechtstätigkeit und Artilleriebeschießung. Wir machten vier Offiziere und 190 Mann zu Gefangenen. Im Trotus-Tal machten wir einen Angriff und nahmen den Piscul-Cupin wieder. Der Feind flüchtete in Unordnung. Im Uzul-Tal griffen wir den Feind an und warfen ihn zurück; wir nahmen 10 Offiziere und 900 Soldaten gefangen und erbeuteten 5 Maschinengewehre, viele Gewehre und eine sehr große Menge Material. Bei Oluz warfen wir den Feind zurück. Bei Brancea nichts Neues. Bei Tablabuzzi, Bratocea und Predeius ist die Lage unverändert. Im Prahova-Tal ist ein von uns versuchter Gegenangriff nicht geglückt. In der Gegend von Dragoslavlse machten wir einen Gegenangriff, warfen den rechten Flügel des Feindes zurück, machten 300 Gefangene und erbeuteten 5 Maschinengewehre und zwei Schützengrabenmörser. Oestlich der Alt wiesen wir Angriffe des Feindes zurück. Im Jul-Tal wurde der Feind, der westlich von Jlu vorrückte, kräftig von uns angegriffen und vollständig geschlagen. Unser Angriff geht weiter. Bis jetzt zählten wir 450 Gefangene und erbeuteten 16 Maschinengewehre mit Bespannungen und 3 Geschütze. Der Feind ließ tausend Tote auf dem Gelände. Bei Orjova ist die Lage unverändert.

Südfront: An der Donau und in der Dobrudscha ist die Lage unverändert.

Daß der Feind durch den Vulkanpaß und den Roten-Turm-Paß auf Süden zu, über Predeal und Campolung ihrer Hauptstadt immer näher rückt, das können sie doch nicht bestreiten. Von einer „Einschließung" der Hauptstadt kann natürlich noch keine Rede sein, denn der Feind steht im Norden noch 120 bis 140 Kilometer weit weg, im Süden ist er noch nicht über die Landesgrenze gerückt und im Westen ist er überhaupt noch nicht in Erscheinung getreten. Solche Behauptungen, wie man sie hin und wieder in den Zeitungen findet, sind in das Reich der Fabel zu verweisen und entspringen der Sensationslust.

Fängt Japan Krieg an?

New York, 26. Oktober. (Funkspruch vom Vertreter des W. T.-B.) „Posten Transcript" veröffentlicht einen vielbesprochenen Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

Wir stehen am Vorabend einer Krisis im fernen Osten. Der Grund dafür liegt weder bei Amerika, noch bei China, sondern allein bei Japan. Es ist an dem entscheidenden Wendepunkt seines nationalen Lebens angelangt. Der Leitartikel beruft sich auf die Aeußerung zweier japanischer Zeitschriften, die die Voraussicht und die Bedeutung des Grafen Terauchi (sprich Ta-ra-utschi) hervorheben. Schon vor seiner Uebernahme der Ministerpräsidentschaft wurde Terauchi als Mann der Stunde begrüßt.

Ein kritischer Tag.

Im Reichstag war der Sonnabend ein kritischer Tag erster Ordnung. Die skandalösen Fälle von Mißbrauch des Belagerungszustandes durch Schikanierung politisch unliebsamer Personen, die der Solinger Abgeordnete Dittmann vorbrachte, machten einen so tiefen Eindruck auf das ganze Haus, daß sogar der Präsident sich veranlaßt sah, von seinem Sessel herab auf die Rednertribüne zu steigen und die Entrüstung des Reichstages über die bekannt gewordenen Vorkommnisse zu bekunden. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit dem immer reaktionärer werdenden Vizekanzler Helfferich, der die beklagten Mißstände nur sehr oberflächlich gemißbilligt hatte. Die Zusammenstöße wiederholten sich im Laufe der Sitzung noch mehrfach, als der Zentrumsabgeordnete Fahrenbach und Genosse Scheidemann die Kritik des Abgeordneten Dittmann und des Präsidenten Paasche kräftig unterstützten. Man sah, das ganze Haus mit Ausnahme der 40 konservativen Männlein von der Rechten, stand gegen die Regierung und gegen den Gebrauch der Vollmachten durch die militärischen Behörden und das große Mißtrauen wird ohne kräftige Eingriffe nicht zu beseitigen sein. Diese Eingriffe wünschen wir um so schneller herbei, als man auch in Breslau schon wieder beginnt, mit Haussuchungen und Redeverboten gegen politisch mißliebige Personen vorzugehen, ganz nach dem Schema, als es im Frieden üblich war, nur den Gesetzen entsprechend rücksichtsloser. Diese, in ihrer Wirkung gegen die Regierung selbst sich kehrenden Maßnahmen müssen natürlich das Vertrauen untergraben, das im Kriege nötig wäre und so begrüßen wir die kräftigen Töne, die am Sonnabend im Reichstag fielen und auf die noch zurückzukommen sein wird.

Unser Berliner Mitarbeiter nennt die Vorkommnisse eine „Entladung im Reichstag" und schreibt dazu: Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß während der langen Dauer dieses Krieges starke Veränderungen im Denken und Empfinden des deutschen Volkes vor sich gegangen sind, so hätte die Reichstagssitzung vom Sonnabend diesen Beweis erbracht. Szenen, wie sie die Volksvertretung an diesem Tage erlebt hat, wären noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen.

Das Uebermaß des Drucks, der Unzufriedenheit hat einen Grad erreicht, bei dem sich die längst eingetretenen Aenderungen im Seelenzustande des Volkes nicht mehr verbergen lassen. Und so hat man es erlebt, daß nach der Enthüllungsrede des Genossen Dittmann ein wahrer Sturm der Erregung durchs Haus ging, und daß selbst die Redner der gemäßigten Parteien dem unglücklichen Vertreter der Regierung, Herrn Helfferich, mit kräftigen Worten und zorngeröteten Gesichtern entgegentraten.

Es hat sich herausgestellt, daß die Regierung Bethmann den Reichstag nicht mehr in der Hand hat. Die Konservativen müßten schlechtere Politiker sein als sie sind, wenn sie nicht versuchen würden, diese Tatsache zu ihrem Zwecke auszunutzen. Kann es denn überhaupt noch beim Alten bleiben? Und wenn es nicht beim Alten bleibt, wohin geht dann die Fahrt?

Reichstag und Kriegskredite.

Man schreibt uns aus Berlin:

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, auch der neuen Kreditforderung ihre Zustimmung zu erteilen, hat nirgends Staunen oder Erregung hervorgerufen. Auch die Minderheit muß anerkennen, daß die Haltung der Fraktion in diesem Falle nur die Konsequenz ihrer bisherigen Haltung ist, so richtig oder so falsch sie gewesen sein mag. Die Mehrheit sieht sich aber vor keinerlei neue Tatsachen gestellt, die sie veranlassen könnte, der Auffassung der Minderheit beizutreten. Noch immer wollen die Gegner des Deutschen Reichs — von kleinen Gruppen abgesehen, leider ganz ohne Unterschied der Partei — von einem Frieden der Verständigung, wie ihn die deutschen Sozialisten erstreben, nichts wissen, sie wollen die Fortsetzung des Krieges bis zu dem ersträumten Zusammenbruch des Deutschen Reichs. Da hält es die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie für unbedingt notwendig, durch ihre Abstimmung zu dokumentieren, daß das ganze deutsche Volk die von den Gegnern erstrebte Lösung ablehnt. Auch die Abgeordneten der Minderheit sind ja Anhänger der sozialen Verteidigung, und selbst Angehörige der alldeutschen Kreise haben erklärt, daß sie eine Niederlage Deutschlands keineswegs wünschen.

Die Minderheit fürchtet allerdings, daß die Zustimmung zu den Kriegskrediten als ein Vertrauensvotum an die gesamte Regierungspolitik aufgefaßt werden könnte, und da soll gleich gesagt werden, daß davon gar keine Rede sein kann. Wenn die Bewilligung von Krediten gleichbedeutend mit Zustimmung zur Regierungspolitik wäre, dann müßten ja die Konservativen die ersten sein, die diese Zustimmung verweigerten. Aber auch die Konservativen bewilligen die Kredite, obwohl sie, wie allgemein bekannt, das allerschärfste Mißtrauen gegen die Regierung hegen. Auch sie würden sich dagegen verwahren, daß ihre positive Abstimmung als rückhaltlose Billigung alles dessen gedeutet würde, was die Regierung tut oder zu tun unterläßt. Was in diesem Falle für die Konservativen recht ist, ist auch für die Sozialdemokraten billig. Auch sie haben ein Recht, dagegen zu protestieren, daß man ihre Abstimmung als ein Hineingleiten in das Fahrwasser der Regierung hinstellt.

Immer wieder muß es ausgesprochen werden, daß die sozialdemokratische Partei im Kriege nicht Regierungspolitik, sondern sozialdemokratische Politik treibt. Sie will keine Zertrümmerung der Feinde, keine Weltherrschaftspolitik, aber sie will, daß alles getan wird, was zur ungeschmälerten Erhaltung des Deutschen Reiches notwendig ist. Sie will als Friedensziel ein einiges Europa, in dem das deutsche Volk gleichberechtigt neben allen anderen Völkern steht, sie will im Innern Demokratisierung, parlamentarisches Regierungssystem und großzügige Wirtschaftsreformen in der Richtung zum sozialistischen Endziel. Ihr Verhältnis zur Regierung wird nun durch nichts anderes bestimmt als durch das Verhalten der Regierung gegenüber diesem Programm.

Die Regierung hat die Weltherrschaftsideen der sechs Verbände und die unklaren Zerschmetterungspläne des berühmten Münchener Vereins zur Bekämpfung Englands von sich gewiesen, er ist deshalb scharf angegriffen worden, und seine Gegner sind zugleich auch die schärfsten Gegner der Sozialdemokratie. Auf der andern Seite hat er sich aber gegenüber diesem Gegner nicht die nötige Entschlußfreiheit gewahrt, und sein schwankendes Verhalten in der Friedensfrage fordert die Kritik heraus. Dagegen bleibt aber doch die Wahrheit bestehen, daß der Grund für die Fortdauer des Krieges nicht in dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern in der noch immer ungeschwächten Kriegslust der feindlichen Regierungen zu suchen ist. Diese Tatsache ist für das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Kriegskreditfrage maßgebend.

Auf dem Gebiete der inneren Politik, die in dieser Kriegszeit noch mehr wie sonst mit der Kriegführung zusammenhängt, bestehen zwischen Regierung und Sozialdemokratie tiefe Gegensätze. Das ist [illegible]

jeder am Donnerstag bei der Verhandlung über das Zusammentrittsrecht des Hauptausschusses im Reichstag zutage getreten. Der Anlaß ist scheinbar geringfügig, aber die Frage selbst ist sehr ernst. Es hat sich gezeigt, daß die Regierung sofort auf die rechte Seite schwenkt, wenn die Konservativen mit dem Anspruch, Kronrechte zu wahren, in den Vordergrund treten. In diesem Verhalten zeigt sich eine Schwäche der Regierung, die nur beseitigt werden kann durch die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems. Das deutsche Volk will eine Regierung, die, auf das Vertrauen der Mehrheit seiner Vertreter gestützt, nach allen Seiten hin stark ist, und die keine Gefährdung ihrer Stellung zu fürchten braucht, wenn irgendwer den Gesinnungswettlauf mit ihr nach einer bestimmten Richtung hin aufnimmt.

Die so notwendige Einführung des parlamentarischen Regierungssystems scheitert aber zurzeit noch an dem Fehlen einer ständigen, starken, innerlich geschlossenen Reichstags-Mehrheit. Wie die Konstellationen von Abstimmung zu Abstimmung wechseln, das zeigt neuerdings wieder der Fall Liebknecht. Nur die Sozialdemokraten, sie aber freilich ganz entschieden und ganz einstimmig, verlangen die Haftentlassung dieses — einstweilen noch nicht rechtskräftig — als Landesverräter verurteilten, seiner bürgerlichen Ehrenrechte beraubten Abgeordneten. Sie, die Liebknecht kennen, und die — ohne Unterschied, ob Fraktion oder Arbeitsgemeinschaft — eine andere Politik treiben, als die von ihm für richtig gehaltene, zweifeln keinen Augenblick an seinen guten Absichten und treten entschieden für seine Freilassung ein. Hier aber haben sie die bürgerlichen Parteien gegen sich.

Trotzdem kann auch in Deutschland die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems nicht ausbleiben. Die überzeugendsten Gründe sprechen für sie. Sollte sie sich während des Krieges nicht ermöglichen — die Frage bleibt offen gelassen —, dann wird es Sache des Volkes sein, bei den ersten Wahlen nach dem Kriege dafür zu sorgen, daß dieser notwendige Schritt getan werden muß. Die Sozialdemokratie wird aber inzwischen nicht aufhören, für die Bildung einer wirklichen Volksregierung schon während des Krieges einzutreten, denn ihre Entstehung wäre ein wichtiger, vielleicht ein entscheidender Schritt zum Frieden!

* * *

Hauptmann Boelcke abgestürzt.

Berlin, 29. Oktober. Hauptmann Boelcke ist im Verlaufe eines Luftkampfes am 28. Oktober mit einem anderen Flugzeug zusammengestoßen und bei der darauf erfolgten Landung hinter unseren Linien tödlich verunglückt. Am 27. Oktober hatte er sein 40. feindliches Flugzeug abgeschossen.

Der erfolgreiche Flieger, der erst im 25. Lebensjahre stand, teilt das Schicksal seines Kampfgefährten Immelmann und der vielen Opfer, die er selbst im Luftkampf gefällt hat. Er begann seine Laufbahn erst während des Krieges und war vom Glück so begünstigt, daß er immer an erster Stelle stand mit der Zahl der besiegten Gegner. Deshalb wird die Trauer in militärischen und Fliegerkreisen eine außerordentlich lebhafte sein. Ging sie doch schon beim Tode Immelmanns soweit, daß die französischen Flieger dem deutschen Kampfgefährten einen Kranz aus den Lüften herabschickten und damit über die Grenzen des nationalen Hasses hinweg Kühnheit und Tapferkeit ehrten. Die Erfolge Boelckes sichern ihm einen Namen in der Geschichte der Luftkämpfe, von der wir nur wünschen können, daß sie auch nur so kurz sein möge als die an Ehren reiche Laufbahn des seinem Beruf zum Opfer gefallenen Fliegers.

Wir denken nicht an Frieden?

Hindenburg und Ludendorff über die Kriegslage.

Wien, 29. Oktober. Die „N. Fr. Pr." veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Mitarbeiters Paul Goldmann mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg und mit General Ludendorff. Auf die Frage nach der Kriegslage erwiderte Generalfeldmarschall von Hindenburg:

Es steht so günstig als nur möglich und alles wird weiter gut gehen. Ueber die Dauer des Krieges, sagte der Feldmarschall: Das hängt von unseren Gegnern ab, es ist möglich, daß das Jahr 1917 die entscheidenden Kämpfe bringe. Ich weiß nur, daß wir den Krieg durchkämpfen werden bis zur Entscheidung.

General Ludendorff sagte sogar: Wir denken nicht an Frieden, wir sind entschlossen, den Krieg weiterzuführen.

Auf den Einwand, daß in Oesterreich-Ungarn die Stimmung gut sei, daß aber dort das Ende des Krieges herbeigesehnt werde, erklärte Hindenburg: Das kann ich wohl verstehen. Das Ende des Krieges wünschen wir alle und das [illegible] Volk hat in diesem Kriege schon viele Opfer gebracht, aber noch ist die Zeit der Erfüllung dieses Wunsches nicht gekommen, und müssen neue Opfer gebracht werden, damit die [illegible] nicht vergeblich seien. Ludendorff sagte sodann: [illegible]

[illegible]

Munition hier und da ein wenig Boden gewinnen, durchkommen werden sie nie. Sie können noch 30 Jahre angreifen, wenn sie Menschen genug haben. Die Franzosen zeigen im gegenwärtigen Kriege eine große Zähigkeit, aber sie rotten sich selbst durch diese Kampfweise aus, und auch ihre Zähigkeit wird ihnen nichts nützen, weil sie schließlich nicht mehr da sein werden. Das französische Volk dankt dieses Schicksal vor allem den Engländern.

Wenn die Engländer im nächsten Frühjahr eine neue Offensive in demselben Stil verlangen, so werden sie Frankreich um den Rest seines Heeres und die Dauer ihrer Volkskraft bringen. An dem Urteil über den Wert der militärischen Leistungen Englands wird auch dieser Krieg wenig ändern. Namentlich die großen englischen Strategen sind auch diesmal ausgeblieben.

Ueber Rumänien sagte Hindenburg: Die Rumänen gehen zurück und bekommen ihren Zahltag. Ich habe ihr Losgehen begrüßt, denn so sind wir aus dem Stellungskrieg herausgekommen und konnten endlich wieder einmal zu frischen, fröhlichen Operationen übergehen. Hindenburg erwähnte auch, daß er seit Kriegsbeginn nur einmal auf sieben Tage Urlaub genommen habe und äußerte, für die Widerstandskraft des Soldaten sei die Hauptsache der Schlaf.

Ueber 1½ Millionen russische Verluste.

Berlin, 28. Oktober. Nach dem letzten Ausweis des Kiewer Zentraldienstes betragen die russischen Gesamtverluste seit 1. Juni 1916 an gefallenen, vermißten und verwundeten Mannschaften 1 797 522. Die Zahl der gefallenen, vermißten und verwundeten Offiziere beträgt 85 981. Die Fliegerverluste erhöhten sich auf insgesamt 49, darunter zwei englische, ein französischer und drei russische Flieger. Unter den neuerlich gefallenen Offizieren befinden sich die Namen von zwei Generalen, sechs Obersten als Brigadekommandeure, acht Obersten und Oberleutnants als Regimentskommandeure. Wieder am stärksten mitgenommen sind das sibirische Korps und die kaukasischen Reiter.

Der Kampf in Mazedonien.

Sofia, 29. Oktober. Bericht des Generalstabes vom 29. Oktober. Mazedonische Front: Zwischen Prespa-See und Cerna lebhafte Tätigkeit der Artillerie. Wir schlugen durch Gegenangriff einen feindlichen Angriff zwischen der Eisenbahn Bitolia—Lerin und der Cerna ab. Angriffe der Gegner beim Cerna-Bogen auf die Stellungen der deutschen Truppen scheiterten. Im Moglenica-Tal und westlich des Wardar schwaches Artilleriefeuer. Oestlich vom Wardar, südlich von Stroiakovo lebhaftes Artilleriefeuer. Am Fuße der Belasica Planina Geschützfeuer. An der Strumafront große Tätigkeit der Aufklärungsabteilungen und schwaches Artilleriefeuer. An der Küste des Aegäischen Meeres Ruhe.

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 28. Oktober 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Nordufer der Somme haben gestern die Infanteriekämpfe wieder eingesetzt. Starke Artillerievorbereitung ging den Angriffen voraus, zu denen die Engländer über die Linie Gueudecourt—Lesboeufs, die Franzosen anschließend aus der Gegend von Morval in den Abendstunden vorbrachen. Unsere Truppen haben die verbündeten Gegner durch Artillerie- und Maschinengewehrfeuer, nordöstlich von Morval auch mit der blanken Waffe blutig zurückgewiesen. Die Stellungen sind restlos behauptet.

Heeresgruppe Kronprinz.

Nordöstlich der Maas spielten sich erneut schwere, für uns erfolgreiche Kämpfe ab. Nach heftigem Artilleriefeuer stürmten aus dem Chaume-Walde, beiderseits Fort Douaumont und im Fumin-Walde starke französische Kräfte zu Angriffen vor, die sämtlich vor unseren Stellungen für den Gegner verlustreich zusammenbrachen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nach zweitägigem Wirkungsfeuer gegen den Abschnitt westlich von Luck griff der Russe gestern bei Zaturcy an. Der Angriff scheiterte vollkommen und unter schweren Verlusten für den Feind.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Beiderseits der Dorna-Watra drangen österreichisch-ungarische Truppen in die russischen Stellungen ein und nahmen mehrere Höhen im Sturm. 8 Offiziere und über 500 Mann wurden gefangen eingebracht. An der siebenbürgischen Ostfront dauern die Kämpfe in den Grenzpässen an. Südlich von Kronstadt (Brasso) wurde von unseren verbündeten Truppen eine rumänische Höhenstellung in überraschendem Vorstoß genommen und der Erfolg in scharfem Nachdrängen bis ins Tal des [illegible] erweitert. Im übrigen hat sich die Lage nicht wesentlich geändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der nördlichen Dobrudscha fanden unsere verfolgenden Abteilungen bisher wenig Widerstand. Alle Anzeichen deuten auf hastigen Rückzug des Gegners. 500 Versprengte wurden gefangen, einige Munitionskolonnen und Bagage erbeutet.

Mazedonische Front.

Englische Angriffe gegen die deutsch-bulgarischen Stellungen im Cerna-Bogen scheiterten, ebenso ein Teilangriff des Gegners an den Abhängen der Moglena und [illegible] des Dojran-Sees. An der Struma Patrouillengefechte, bei Orfano lebhaftes Artilleriefeuer.

*

Großes Hauptquartier, 29. Oktober 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern.

[illegible] Gueudecourt und Lesboeufs [illegible] Angriffe [illegible] langer Kraftmaßnahmen [illegible] in unseren vordersten Graben [illegible]

Heeresgruppe des deutschen Kronprinzen.

[illegible]

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Fast die ganze Stochod-Linie hielten die Russen unter lebhaftem Feuer, das westlich von Luck größte Heftigkeit annahm. Ein aus dem Wald-Gebiet östlich von Zelwow erfolgender russischer Angriff brach in unserem Sperrfeuer zusammen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

An der Ostfront von Siebenbürgen nichts Neues.

Südlich des Toemoesser-Passes ist im Angriff Anzuga erreicht. Trotz zähem feindlichen Widerstand sind in Richtung auf Campolung und auch weiter westlich Fortschritte gemacht worden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage hat sich nicht geändert.

Mazedonische Front.

Südöstlich von Kenali und im Cernabogen sind feindliche Angriffe blutig gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Amtliche Berichte der Verbündeten.

Die österreichischen Berichte.

Wien, 28. Oktober. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Die Kämpfe südlich des Szurduk und des Ertoeres Torony (Roten-Turm-Passes) dauern an. Südöstlich von Predeal warfen österreichisch-ungarische und deutsche Truppen den Feind aus einer stark verschanzten Höhenstellung in das Paraszugatal hinab. An der ungarischen Ostgrenze wurden rumänische Gegenstöße abgeschlagen.

Oestlich von Dorna Watra brachen wir auf vier Kilometer Frontbreite in die russischen Stellungen ein. Der Feind ließ 8 Offiziere, 514 Mann und zwei Maschinengewehre in unserer Hand. Seine Versuche, die ihm entrissenen Höhen zurückzugewinnen, blieben erfolglos.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei der Armee des Generalobersten v. Terszthyansky starker Geschützkampf. Ein vereinzelter russischer Vorstoß südlich von Zaturcy wurde unter großen Feindverlusten abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Südflügel der küstenländischen Front dauern die Artillerie- und Minenwerferkämpfe fort. Feindliche Infanterie, die entlang der Straße nach Oppacchiasella vorging, wurde durch unser Feuer rasch zur Umkehr gezwungen. In Tirol nimmt das feindliche Geschützfeuer stellenweise an Heftigkeit zu.

* * *

Wien, 29. Oktober. (Amtlich).

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Westlich von Orsova nahmen wir in überraschendem Angriff die den Ort beherrschenden Höhen. Südlich des Vöröś-Toromy- (Roten Turm-) Passes nördlich von Campolung und südlich von Predeal gewannen die österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte Gelände. An der siebenbürgischen Ostfront nichts von Belang.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Luck und am Stochod heftiges feindliches Artilleriefeuer. Ein bei Szelwow versuchter Infanterie-Angriff der Russen wurde im Keime vereitelt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstenländischen Front nimmt das feindliche Artillerie- und Minenfeuer an Kraft und Umfang zu. Oestlich von Görz und im Karst fühlte feindliche Infanterie gegen unsere Stellungen vor.

In Tirol hat das italienische Feuer abgeflaut.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Albanien unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel. Amtlicher Heeresbericht vom 29. Oktober: An der Kaukasusfront unternahm der Feind auf dem rechten Flügel einen Angriff mit Handgranaten, der unter blutigen Verlusten für ihn abgeschlagen wurde. Auf dem linken Flügel Feuergefecht. Keine besonderen Ereignisse auf den anderen Fronten.

Die Hoffnungen Herves.

Bern, 28. Oktober. Herve schreibt in der „Victoire": Der Fall von Cernavoda werde in allen Ländern der Alliierten mit Mut (oder Wut?) aufgenommen. Die Kühnheit des deutschen Generalstabes sei unglaublich und verdiene Bewunderung. Die Schwierigkeiten des Rückzuges über die Donau seien ungeheuer. Es scheine ein sehr zweifelhaftes Manöver zu sein, da deutsche Kavallerie den geschlagenen Russen und Rumänen auf den Fersen sei. Rumänien sei augenblicklich so schlecht daran, wie Frankreich nach Charleroi und Maubeuge. Es ließe sich über das französische Publikum lustig machen, wolle man ihm die traurige Wirklichkeit verheimlichen. Man dürfe zwar vermuten, daß bedeutende russische Verstärkungen unterwegs seien, denn seit Eintritt Rumäniens in den Krieg sei die Brussilowsche Offensive zum Stillstand gekommen, sodaß nach aller Wahrscheinlichkeit die Front vor Lemberg zugunsten Rumäniens geschwächt wurde. Man dürfe also hoffen, daß Rumänien dem Schicksal Serbiens entgehe, denn Rußland dürfe aus eigenem Interesse sich nicht mit der Erdrückung Rumäniens den Weg nach Konstantinopel versperren lassen.

Das gedemütigte Griechenland.

London, 28. Oktober. „Daily Telegraph" meldet aus Athen vom 25. Oktober. Auf Grund guter Informationen lasse sich die Lage wie folgt zusammenfassen: Der französische Gesandte versicherte gestern in seiner Audienz dem König Konstantin, daß es nicht in der Absicht des Landesteiles, der sich losgetrennt habe, liege, gegen die Hauptstadt zu marschieren. Nach dieser Zusicherung gab der König seinen Widerstand gegen die von dem französischen Admiral geforderten militärischen Maßregeln auf. Es sei ein Vergleich zustande gekommen. Der König habe versprochen, alle Maßregeln durchzuführen, die dazu beitragen könnten, die Gefahr der Entente zu beseitigen. Dafür solle der König künftig nicht belästigt werden und im friedlichen Genusse der Regierung in dem Teil des Landes verbleiben, der ihm treu geblieben ist. Es werde ihm vollständig freigestellt, seine Neutralitätspolitik, an der er mehr als je festhält, fortzusetzen. Den losgetrennten Landesteil betrachteten die Alliierten als [illegible] der das Recht habe, an den Vorteilen des [illegible] teilzunehmen.

Der Vorstoß in den Kanal.

Amsterdam, 29. Oktober. Der Marine-Mitarbeiter der Londoner „Times" schreibt, daß die Kühnheit und der Wagemut der von den deutschen Torpedojägern durchgeführten Unternehmung im Kanal anerkannt werden müsse. Es sei dies das erste Mal, daß feindliche Torpedojäger den Transport über den Kanal zu behindern versuchten. Es werde viele Menschen überrascht haben, daß ein derartiger Versuch überhaupt durchgeführt werden konnte. Das Manöver sei gewagter gewesen, als irgend ein anderes der Torpedojäger von Zeebrügge, und man dürfe sagen, daß sie sich der Wachsamkeit des englischen Patrouillendienstes dadurch entzogen haben, daß sie sich an der Küste unter dem Schutze der Dunkelheit heranschlichen. Das Ereignis zeigt die Notwendigkeit, die Benützung von Minen zur möglichsten Abschließung der Zufahrtstraßen von Zeebrügge und Ostende auszudehnen. Minen könnten zwar aufgeräumt werden, aber die erforderliche Zeit und die Gefahr eines Vorstoßes und Rückzuges würden dadurch vergrößert.

Der gesteigerte Seekrieg.

Christiania, 28. Oktober. Aus Vardö wird gemeldet: Am 22. Oktober wurde die drahtlose Station in Sipnavalok abermals von deutschen Tauchbooten beschossen. Beim ersten Angriff wurden fünf Mann auf russischen Torpedojägern verletzt. Nachmittags wurde einer der russischen Torpedojäger und ein bewaffneter Fischdampferhilfskreuzer von Tauchbooten angegriffen, auf Land getrieben und zusammengeschossen.

Stockholm, 28. Oktober. „Aftontidningen" meldet aus Oregrund: Nach einer Mitteilung des Kapitäns des Helsingborger Dampfers „Anna", der aus Finnland ankam, wären nicht weniger als vierzehn Dampfer vor der finnischen Küste von deutschen U-Booten versenkt worden. Acht davon wurden vor Braumo, sechs vor Maentyluoto torpediert, vier davon waren finnische Dampfer, die von Schweden kamen.

London, 27. Oktober. Lloyds meldet: Der englische Dampfer „Rowanmore" wurde von einem deutschen Unterseeboot versenkt. (Der Dampfer faßt 10 320 Bruttoregistertonnen und gehört der Johnston Line in Liverpool.)

Christiania, 28. Oktober. Wie „Aftenposten" erfährt, ist ein deutsches U-Boot gestern früh 4 Uhr in Honningsvaag mit 23 Mann der Besatzung des englischen Dampfers „Pola" eingetroffen, der 30 Meilen nördlich vom Nordkap am Donnerstag nachmittag 3 Uhr versenkt worden war. Die „Pola" war mit Kohlen von Newcastle nach Alexandrowsk unterwegs und ist 3500 Tons groß gewesen.

Bergen, 29. Oktober. Der Dampfer „Pan" (795 To.) aus Bergen ist vorgestern versenkt worden. Der Dampfer war mit einer Kohlenladung von England nach Frankreich unterwegs. Er war mit 670 000 Kronen kriegsversichert.

Kopenhagen, 28. Oktober. Der dänische Dreimastschoner „Valborg" (207 To.), von Svendsborg mit einer Ladung von Planken und Brettern von Kanada nach Tunis unterwegs, ist im Mittelmeer von einem U-Boot versenkt worden. Die Besatzung ist gerettet.

London, 28. Oktober. Lloyds meldet: Die Besatzung des versenkten norwegischen Dampfers „Pan" wurde gelandet. Der norwegische Dampfer „Dan", das norwegische Segelschiff „Kathinka", der schwedische Dampfer „Jonkoeping" und der britische Dampfer „Sparta" wurden versenkt.

Englische Beschwerden über den Krieg mit U-Booten.

London, 26. Oktober. Oberhaus. Lord Sydenham richtete an die Regierung eine Frage über die Torpedierung der Stefano und anderer britischer und neutraler Schiffe durch das U-Boot 53. Er fragte, ob diese Torpedierungen in Uebereinstimmung mit den deutschen Zusagen wären und führte die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten an, daß ein Zuwiderhandeln den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Folge haben werde. Lord Sydenham behauptete, daß wiederholt Schiffe ohne Warnung versenkt worden seien und daß Seeleute dabei ihren Tod gefunden hätten. Die Verpflichtung, die die deutsche Regierung eingegangen sei, sei damit zerrissen und die amerikanische Regierung hätte trotzdem nichts von sich hören lassen. Fast jeden Tag komme es vor, daß neutrale Schiffe versenkt werden. Was müßten die kleinen neutralen Staaten von ihrem mächtigen Vertreter denken? Die Deutschen fahren fort, jedes unbewaffnete Schiff zu versenken, die ihren U-Booten begegneten. Der einzige Unterschied sei, daß sie nicht mehr auf den ersten Blick torpedieren, aber sie versenkten die Schiffe ebenso wie vorher, wenn sie auch nicht mehr so häufig Mordtaten verüben. Am 15. August habe Lord Crewe im Oberhaus von dem Zeitpunkt gesprochen, zu dem es in England möglich sein werde, nicht nur in seinem, sondern auch im Namen der Verbündeten eine endgültige Erklärung über die Politik zu geben, die gegenüber diesen ungeheuerlichen Gefahren befolgt werden sollte. Es liege im Interesse der Verbündeten und der armen Neutralen, die keine Vorkämpfer besäßen, daß diese Erklärung so bald wie möglich erfolge.

Lord Beresford sagte, er habe immer angenommen, daß die deutsche Regierung beabsichtige, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Wenn die Vereinigten Staaten an der Friedenskonferenz teilnehmen würden, so würde das ein beträchtlicher Vorteil für Deutschland sein. Die Vereinigten Staaten hätten geradezu dazu beigetragen, diesen abscheulichen Zustand aufrecht zu erhalten. Selbst wenn die amerikanischen Kriegsschiffe sich nicht an der Rettung der Schiffsmannschaften beteiligten, so würden die Deutschen ihr Wort gebrochen haben. Die U-Boot-Gefahr werde von Tag zu Tag ernster und England müsse von der Tatsache Kenntnis nehmen, daß sich die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht nicht vollkommen neutral verhalten hätten.

Viscount Grey sagte, er halte eine Erörterung der Frage im Augenblick für zwecklos. Die deutsche Regierung sei gegenüber der amerikanischen und nicht der englischen Regierung eine Verpflichtung eingegangen und es sei nicht zweckmäßig, die amerikanische Politik gegenüber der deutschen Regierung in dieser Frage zu erörtern. Nicht die englische sondern die amerikanische Regierung habe darüber zu entscheiden, was die Vereinigten Staaten zu tun hätten.

Amtliche Berichte der Gegner.

Französischer Heeresbericht vom 27. Oktober, abends.

An der Somme-Front ziemlich heftige Tätigkeit der beiden Artillerien in den Abschnitten Sailly-Saillisel, Bouchavesnes und Biaches. Nördlich von Verdun richtet der Feind andauernd heftiges Bombardement auf unsere vordersten Linien, namentlich auf die Schluchten von Haudromont, das Fort Douaumont und die Batterie von Damloup. Ein feindlicher Angriffsversuch westlich des Dorfes Douaumont wurde durch unser Sperrfeuer glatt angehalten. Kein wichtiges Ereignis auf den übrigen Teilen der Front. Das schlechte Wetter behindert im allgemeinen die Kampfhandlungen.

Belgischer Bericht: In der Gegend nördlich von Dixmude und ebenso in der Umgegend dieser Stadt war die Artillerie auf beiden Seiten tätig.

Vom 28. Oktober nachmittags. An der Somme-Front Beschießung mit Unterbrechungen. Der Artilleriekampf ist nördlich von Verdun in der Gegend von Douaumont noch immer sehr lebhaft. Die Franzosen eroberten in einem glänzenden Handgranatenkampf einen von den Deutschen befestigten Steinbruch nordöstlich des Forts Douaumont. Sonst verlief die Nacht überall ruhig.

Orientarmee: Das schlechte Wetter dauert fort. Es ist nichts zu melden außer einer lebhaften Beschießung in der Cerna-Gegend.

Vom 28. Oktober abends. Außer Artilleriekampf, der in der Gegend von Douaumont sehr heftig andauert, ist kein Ereignis von Bedeutung an der ganzen Front zu melden. Das andauernde schlechte Wetter behindert die Tätigkeit.

Belgischer Bericht: Der übliche Artilleriekampf, namentlich in den Abschnitten von Ramscapelle und nördlich von Dixmuiden.

Britischer Heeresbericht vom 28. Oktober.

Erfolgreiches Vorgehen nordöstlich von Lesboeufs führte zu der Einnahme mehrerer wichtiger feindlicher Gräben. Unsere Beschießung war äußerst wirksam und der Feind wurde, als er aus den Gräben vertrieben worden war, von unserem Gewehrfeuer gefaßt. Wir machten 63 Mann zu Gefangenen. Im übrigen beiderseitige Artillerietätigkeit.

Amtlicher britischer Bericht aus Saloniki.

Der Feind versuchte Osmani zu nehmen, wurde aber mit Erfolg zurückgeschlagen

Russischer Heeresbericht vom 28. Oktober.

Westfront: An der ganzen Front der Armeen wechselseitiges Feuer und Tätigkeit unserer Aufklärer. Auf beiden Seiten der Bystritza unternahm der Feind in der Gegend von Dorna Watra, unterstützt durch seine Artillerie, eine Reihe erbitterter Angriffe und zwang unsere vorgeschobenen Abteilungen, zwei Höhen aufzugeben. Der Gegner hatte südlich der erwähnten Gegend keinen Erfolg.

Rumänische Front: An der siebenbürgischen Front setzt am Engpasse von Bran, im Tale des Tiraultu-Flusses und im Tale des Jiu-Flusses der Feind seine erbitterten Angriffe fort. An der Dobrudscha-Front hat sich im Laufe des 27. Oktober nichts Wichtiges ereignet.

Rumänischer Heeresbericht vom 27. Oktober.

Nord- und Nordwestfront: Bei Fulghes und Bicaz wiesen wir einen heftigen Angriff des Feindes ab. Bei Hughes wurde ein feindliches Flugzeug durch Artillerie abgeschossen. Im Uzul-Tal griff der Feind heftig an, wurde aber abgeschlagen. Im Uzu-Tal dauert unser Vorrücken fort. Wir nahmen einen Offizier und 82 Mann gefangen und erbeuteten ein Maschinengewehr. Im Oituz-Tal Ruhe. An der Grenze bei Brancea, im Buzeu-Tal, bei Tabla Buzi, Bratocea und Predelus ist die Lage unverändert. Der Feind griff den Berg Clabuc und das Zuget-Tal heftig an. Südwestlich von Predeal ist der Kampf im Gange. In der Gegend von Drago-Slavlo schlugen wir im Pravatz-Tale, welches mit toten Feinden bedeckt ist, einen sehr heftigen feindlichen Angriff ab. Westlich von Alt wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Am Jiul wichen wir gegen den südlichen Ausgang des Passes zurück.

Südfront: An der Donau in der Dobrudscha keine Veränderung.

Italienischer Heeresbericht vom 29. Oktober.

Artilleriekampf im Etschtal, im Gebiet des Cauriol und an der julischen Front. Schlechtes Wetter herrschte auf dem ganzen Kriegsschauplatz.

Der Ministerwechsel in Wien.

Wien, 29. Oktober. Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht vier kaiserliche Handschreiben, wonach Baron Burian zeitweise mit der Leitung des gemeinsamen Finanzministeriums, sowie mit der obersten Zentralleitung in den Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina betraut wird, dem Minister von Körber volle Anerkennung und wärmster Dank für die in den bisherigen Aemtern geleisteten ausgezeichneten Dienste ausgesprochen wird, ferner die Bitte der österreichischen Minister um Enthebung vom Amt genehmigend zur Kenntnis genommen und Ministerpräsident von Körber mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut wird.

Kleine Kriegsnachrichten.

Geldsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Rumänien. Nach längeren Verhandlungen ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach von jetzt ab Zahlungen an deutsche in Rumänien kriegsgefangene Soldaten durch Vermittlung der Diskonto-Gesellschaft in Berlin überwiesen werden können.

Die englischen Verlustlisten vom 25., 26. und 27. Oktober enthalten die Namen von 87 Offizieren, 26 gefallen, und 2840 Mann, von 112 Offizieren, 30 gefallen, und 2570 Mann und von 108 Offizieren, 35 gefallen und 2420 Mann.

In einer Pulverfabrik in St. Medart, Arrondissement Bordeaux, entstand im Trockenraum ein Brand, der einen großen Umfang annahm. Matin zufolge wurden 35 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

Ein Lazarettschiff gesunken. „Utro Rossii" meldet aus Ismail den Verlust des schwimmenden Donaulazarettes „Elisabeth 4", das 600 rumänische und russische Schwerverwundete aus den Dobrudschakämpfen an Bord hatte, um sie nach Odessa zu bringen. Es geriet auf eine Treibmine und sank. Von den verwundeten Insassen konnte niemand gerettet werden, außer zwei Pflegerinnen, die von einer Regierungsbarkasse lebend aufgefischt wurden.

Eine Linie auf dem Balkan. Reuter meldet, daß am linken Flügel der Armeen der Alliierten am Balkan die Verbindung mit italienischer Kavallerie aus Albanien hergestellt worden ist, sodaß sich die Front jetzt in ununterbrochener Lage von der Adria aus erstreckt.

Die schwarzen Listen und Spanien. Temps meldet aus Madrid: In der Kammer richtete am Freitag ein Abgeordneter eine Anfrage an die Regierung über die schwarzen Listen, die von der spanischen Handelskammer in London veröffentlicht wurden. Gasset teilte mit, die Regierung habe die Streichung verschiedener spanischer Geschäftshäuser auf den schwarzen Listen erreicht. Als ein anderer Abgeordneter mit Bezug auf die schwarzen Listen von fremder Einmischung sprach, kam es zu einem Zwischenfall, der durch die energische Haltung des Kammerpräsidenten beigelegt wurde.

Niederländischer Protest. Die Regierung hat den niederländischen Gesandten in Berlin beauftragt, bei der deutschen Regierung gegen die neue Verletzung des niederländischen Gebietes durch ein deutsches Luftschiff Einspruch zu erheben.

Die 671. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Füsilier-Regimenter: Nr. 7, 37, 47, 129, 154, 155; Reserve: Nr. 7, 37, 38, 46, 51; Landwehr: Nr. 37, 38, 46, 51. — Jäger-Bataillon Nr. 6, Reserve Nr. 5 und 6. — Feld-Artillerie Nr. 20, Reserve Nr. 20. — Pioniere: II Nr. 6.

Mutterrecht.

Roman von Friedrich Thieme.

22 (Nachdruck verboten.)

„In diesem Falle hat die Umkehrung einen gewichtigen Grund, Herr Doktor."

„Was denn für einen?"

„Der Ratsuchende — oder vielmehr die Ratsuchende — kann nicht hierher kommen. Sie ist nämlich im Gefängnis."

„Doch nicht die — die Baronin —"

Gisbert brachte den Namen nicht über die Zunge.

„Wenn Sie die Frau Baronin von Wolfern meinen, so ist sie es allerdings."

„Sie hat nach ihm verlangt?"

„Jawohl, Herr Doktor."

„Also von selber", murmelte Burger mit einem Schimmer von Befriedigung. „Erwarten Sie Ihren Chef bald zurück?"

„Wahrscheinlich wird er sogleich zum Essen gehen. Um drei ist er bestimmt wieder da."

Gisbert verstand den Wink. Es war ein Uhr vorüber, der Bureauvorsteher und die Schreiber wünschten ebenfalls den Bedürfnissen ihrer Mägen Rechnung zu tragen. So entschied sich der Arzt, da er nicht erst wieder nach Hause fahren wollte, in einer geeignet erscheinenden Restauration Mittag zu speisen und um drei wieder nachzufragen.

Er aß wenig und auch das Wenige ohne Appetit, kaum konnte er die Zeit des Aufbruchs erwarten. Natürlich kam er zu früh, er mußte wohl eine Viertelstunde vor dem Bureau auf und ab spazieren, ehe der erste der Schreiber in Sicht kam. Der Rechtsanwalt war noch nicht zurück, da aber seine Sprechstunde um vier begann, und keine telephonische Benachrichtigung den Bureauvorsteher von einer etwaigen Abhaltung in Kenntnis setzte, so glaubte der letztere jede Minute auf seine Ankunft rechnen zu dürfen.

Endlich kam er, in Schweiß gebadet und außergewöhnlich erregt. Beim Anblick des Freundes leuchteten seine Augen auf.

„Sie sind hier, Doktor — und ich war draußen bei Ihnen!"

„Sie waren bei mir? Wahrscheinlich in derselben Angelegenheit —"

„Also wissen Sie schon alles?"

„Alles — das heißt, nur die Tatsachen, das Nähere hoffe ich von Ihnen zu erfahren. Ist es denn wirklich wahr? Hat die Unglückliche —"

Doktor Amarell nickte trübe.

„Und es ist kein Zweifel an ihrer Schuld?"

„Keiner."

„Sie haben mit ihr gesprochen — [illegible] wie rechtfertigt sie diese [illegible] Tat?"

„Sie rechtfertigt sie gar nicht — sie stellt jede Schuld in Abrede."

Gisbert hob betroffen die Brauen. „Tut sie das?" rief er frohlockend. „O, dann ist sie gewiß auch nicht schuldig?"

Der Rechtsanwalt schüttelte mit Ueberzeugung den Kopf. „Schon jetzt liegt genug gegen sie vor, um eine Verurteilung zu rechtfertigen. Jedes Geschworenengericht würde, glaube ich, die Schuldfrage bejahen. Nein, nein, da hege ich keine Hoffnung, Doktor. Sie verlangte mich zu sprechen, sie hat mir ihre Verteidigung übertragen. Da habe ich ihr denn in erster Linie den guten Rat gegeben, lieber offen alles zu bekennen. Es ist die erste Voraussetzung für eine milde Beurteilung des Falles, und auf mehr vermag die Verteidigung in diesem Prozeß nicht hinzuwirken."

„Wie? Sie würden nicht für Freisprechung plädieren?"

„Verstehen Sie mich recht — natürlich werde ich das. Aber es geschieht nur der Form nach."

„Wie fanden Sie die arme Frau?"

„Gefaßter als ich erwartete. Mehr bestürzt von dem unerwartet auf sie hereingestürzten Ereignissen, als in Wirklichkeit gebeugt. Vielleicht war sie auch aufgeregt. Sie schien sogar entrüstet, als ich nicht an die Versicherung ihrer Unschuld glaubte."

„Ah — ist das nicht ein gutes Zeichen?"

„Hm — weshalb trägt sie das Gift bei sich und wo hat sie es her?"

Gisbert unterdrückte die Bemerkung, die flache Stimme von ihm, die ihm bereits auf den Lippen schwebte. War es nicht besser, die Tatsache dem Verteidiger der unglücklichen Frau zu verschweigen?

„Uebrigens", fuhr dieser nach einer Pause stillen Nachdenkens fort, „woher wissen Sie denn schon von der Sache? Soviel ich weiß, ist doch bei dem ganzen Verfahren mit peinlicher Diskretion vorgegangen worden?"

Jetzt geriet der Doktor in Verlegenheit. So kam er zu dem Entschluß, doch lieber offen zu sein, und erzählte dem Freunde von der beunruhigenden Entdeckung.

Doktor Amarell stampfte ärgerlich mit dem Fuße auf.

„Da haben wir es ja", sagte er. „Nun bleibt nicht einmal mehr die Möglichkeit, daß eine fremde Hand das Gift in ihre Tasche praktiziert hat. Der Zusammenhang ist mit unerbittlicher Logik gegeben: Sie entwendete Ihnen das Morphiumfläschchen, ihr Kind wurde mit Morphium vergiftet, das Fläschchen wurde gefunden und war nach ihrem eigenen Zugeständnis ihr Eigentum."

„Wo fand man das Fläschchen? In ihrer Tasche?"

„Nein, in einem Gebüsch des Gartens, nach welchem das Kinderzimmer [illegible]. Hätte sie nicht das [illegible] begangen, das Fundstück als von sich herstammend anzuerkennen, so wäre dasselbe als kein schwerwiegendes [illegible] anzusehen gewesen. Sie wäre dann jetzt [illegible] in Verhaft genommen, aber das Verfahren wahrscheinlich eingestellt worden, bevor es zur Verhandlung kam."

„Wie reimt sich das aber mit ihrem Leugnen zusammen? Eine Schuldige, die nicht gestehen will, hätte doch das nicht zugegeben?"

„Allerdings nicht. Indessen — Marga von Wolfern ist keine raffinierte Mörderin — ihre Tat entspringt an sich edlen Motiven, ist ein Ausfluß schrecklichster Verzweiflung. Sie hat nicht gemordet, um hinterher zu leugnen, frei vor aller Welt wollte sie ekennen, was sie getan, und allen Menschen zurufen: Richtet mich, wenn ihr eine Mutter verdammen könnt! Ich schere mich nicht um eure engherzigen Einrichtungen und Gesetze!"

„So stelle ich mir wenigstens ihre Gedanken vor, und — offen gestanden — so hätte ich es von ihr erwartet! Dann würde ich als ihr Vertreter leichtes Spiel vor den Geschworenen haben, ja, nach heutigen Anschauungen wäre dann vielleicht sogar mit der Möglichkeit einer Freisprechung zu rechnen. Nun scheint es jedoch, als habe hinterher die Baronin die Kraft verlassen, als fürchte sie plötzlich die Folgen ihrer Handlungsweise. Sie sucht — ein echtes Weib — ihre Zuflucht im Leugnen — das ist eine Inkonsequenz, aber eine menschlich erklärliche."

Der Arzt antwortete mit einer Miene, die mindestens keine ungeteilte Zustimmung ausdrückte.

„Ich weiß nicht, ob Sie die Frau Baronin richtig beurteilen", nahm er nach längerer Ueberlegung das Wort. „Diese feige Zurückweisung liegt meines Erachtens nicht in ihrem edlen Charakter. Erzählen Sie mir bitte, den ganzen Hergang, ich weiß noch gar nichts über die Details des entsetzlichen Ereignisses."

Bereitwillig erzählte Wolfgang, Marga habe, seit sie nach Berlin zurückgekehrt sei, den größten Teil ihrer Zeit dazu angewendet, sich den Anblick ihres Kindes zu verschaffen. Alle möglichen Listen und Bestechungen habe sie zu diesem Zwecke versucht. Und wenn sie das kleine Wesen nur vorüberfahren sah, so gewährte ihr das schon eine innere Befriedigung, obwohl sie sich hütete, das Kind unnötig zu beunruhigen. Sie rief es nicht an, sie lächelte ihm nicht zu, aus Angst, das Kind werde sich nach ihr sehnen und ihre Abwesenheit qualvoll empfinden, Besorgnisse, die meiner Ansicht nach mit Rücksicht auf die geistige Verfassung des Knaben völlig unbegründet waren. Eines Tages kam das Kind nicht zur gewohnten Stunde an ihr vorüber, auch am nächsten Tage und am dritten blieb es aus. Voller Angst setzt sie alle [illegible] beiseite, eilt nach der Wohnung des Barons von Wolfern. Hier bringt man ihr die Schreckensnachricht entgegen, daß der kleine Knabe am Scharlach erkrankt sei. Seit letzter Nacht habe die Krankheit eine gefährliche Wendung genommen, das Kind delirierte stark und jeder Augenblick könne der letzte sein.

(Fortsetzung folgt.)

Familiennachrichten.

Am 28. d. Mts. verschied plötzlich unsere langjährige **Zeitungsträgerin**

Frau Emma Prahl

im Alter von 38 Jahren 11 Monaten.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Der Verlag und die Expedition der Volkswacht G. m. b. H.

Trauerhaus: Elbingstrasse 26. 5006

Am 28. dieses Monats verschied plötzlich unser Mitglied, die Kolporteurin der Volkswacht

Frau Emma Prahl

im Alter von 38 Jahren 11 Monaten.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr:

Die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Ortsverwaltung Breslau.

Am 28. Oktober, vormittags 6 Uhr, verschied plötzlich unser Mitglied, die Kolporteurin der Volkswacht

Frau Emma Prahl

im Alter von 38 Jahren 11 Monaten.

Ehre ihrem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Trauerhaus: Elbingstr. 26.

4962 Distrikt 9.

Am 28. Oktober verschied nach kurzem Leiden unser Mitglied, die **Kolporteurin** 5013

Emma Prahl

im Alter von 38 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Genossen u. Genossinnen des Distrikts 9 Odertor des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Trauerhaus: Elbingstraße 26.

Am 27. d. Mts. verschied unser Mitglied, der Droschkenführer

Karl Krause

im Alter von 29 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Breslau

Beerdigung: Dienstag mittag 12½ Uhr, vom Trauerhause, Michaelisstraße 3, nach dem Poltnowitzer Friedhof. 5014

Wehmütige Erinnerung

am Todestage unseres geliebten Töchterchens

Marta

geboren den 3. Juli 1905, gestorben den 30. Oktober 1915.

Ein Jahr der Trauer ist vergangen,
Vergebens sucht dich unser Blick.
Ruhe sanft in kühler Erde,
Verschlafe die erlittenen Schmerzen.
Die Liebe, die dich hier umgab,
Lebt fort in unseren Herzen.
Wir hoffen auf ein Wiedersehn,
Wenn wir vor Gottes Throne stehn.

Breslau, den 30. Oktober 1916.

Familie [illegible]

Bekanntmachung.

Auf die Kartoffelmarke Nr. 7, gültig vom 30. Oktober bis 5. November 1916, werden drei Pfund, auf die Marke Nr. 8, im gleichen Zeitraum gültig, vier Pfund, insgesamt also sieben Pfund Kartoffeln, abgegeben.

Die Zusatzmarke Nr. 4 Z für Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter berechtigt in derselben Zeit zur Entnahme von drei Pfund Kartoffeln.

Breslau, den 28. Oktober 1916. 4962

Der Magistrat.

[illegible] [illegible]

Höchstpreise für Schleien!

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 über [illegible]

I. [illegible]

Der Magistrat

[illegible]

Stadt-Theater.

Montag 8 Uhr: Vereinsvorstellung: „Die verkaufte Braut".

Dienstag 7½ Uhr: „Othello". 4969

Lobe-Theater.

Montag und Dienstag 8 Uhr: „Der siebente Tag". 4975

Thalia-Theater.

Montag und Dienstag 8 Uhr: „Dr. Klaus." 4981

Schauspielhaus

Operetten-Bühne. Telef. 2545.

Montag 8 Uhr: „Die Csardasfürstin."

Dienstag 8 Uhr: „Das Dreimäderlhaus."

Mittwoch 8 Uhr: „Die Kaiserin". 4937

Liebich Theater

Heute abends 8 Uhr

Letztes Gastspiel:

Mabel-May Yong

in ihren prächtigen neuen Tanzschöpfungen.

Zum vorletzten Male:

PAUL BECKERS

und der abwechslungsreiche **Oktober-Spielplan.**

Viktoria-Theater

Heute zum vorletzt. Male:

Herrschaftl. Diener gesucht.

„Villa zu verkaufen."

Anfang 8 Uhr. Bons gültig.

Monat November:

10. Gastspiel 10.

Blatzheim

(Jubiläums-Gastspiel)

in der Schwanknovität

Die 4 9[illegible]

„schwebende Jungfrau."

Eden-Theater

Nikolaistraße 27.

Ab Dienstag:

Erstaufführung in Breslau:

Der rote Faden

sehr spannendes Detektiv-Drama in 3 Akten.

Die innere Stimme

Roman eines Bankkassierers in 3 Akten.

Der gemischte Frauenchor

reizendes Lustspiel in 2 Akten.

Allerneuester **Kriegs-Wochenbericht**

und der übrige Spielplan.

Hindenburg [illegible]

[illegible]

1 Posten [illegible] Mk.

[illegible]

[illegible] Gellhornstr. 12

Kriegsfahrten durch Belgien u. Nordfrankreich.

[illegible]

---

2 beliebte Filmsterne 2

glänzen in diesem Wochenprogramm!

Waldemar Psilander

in

Der Schicksalspfeil

Kriminal-Drama in drei fesselnden Abteilungen

„Ein nettes Pflänzchen"

ist

Erika Glässner

in dem gleichnamigen dreiaktigen Lustspiel

Regie: Paul Heidemann

Neueste Kriegsberichte von allen Fronten usw. ::

Dominikaner!

Anfang Woch. 7 Uhr, Sonnt. 3½ 8 Uhr

Nur noch zwei Tage

Leipziger Bunte Bühne

Ab Mittwoch:

Max Riedels beliebte Volkssänger.

Vorzugskarten gültig.

Jeden Mittwoch nachmittag 4 Uhr große Familien-Vorstellung.

Erwachsene auf allen Plätzen 19 Pfg.

Kinder mit Erwachsenen 10 Pfg.

Ausschneiden.

Diese Annonce gilt für Mittwoch nachmittag f. Erwachs. u. fr. Eintritt.

Betten u. Federn

billig zu verkaufen **Richter**, Flurstraße 15, am Hauptbahnhof. 4988

Damen-Filzhüte

Velours-, Lack- und Samthüte **direkt** in der Fabrik. Filzhut

Freund & Krebs, 3174

Karlstraße 30, neben der Hofkirche.

Hüte jeder Art werden umgeformt.

Kauf

Drehbänke

[illegible]

Lindner & Co., [illegible]

Berlin N. 112, [illegible] 32.

Kaufe

[illegible]

[illegible] 17. 4985

Neuer Höchstpreis für Vollmilch.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 3. Oktober 1916 über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch und des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 betreffend Höchstpreise nebst seinen Aenderungen verordnen wir nach Anhörung der Preisprüfungsstelle mit Zustimmung der Bezirksfettstelle:

I. Der Kleinhandelshöchstpreis für 1 Liter Vollmilch wird für Breslau festgesetzt auf
30 Pfg. ab Wagen oder Laden,
31 „ frei Haus.

II. Diese Preise treten am 29. Oktober 1916 in Kraft. Unsere Verordnung vom 23. Dezember 1915 heben wir, soweit sie Milchpreise enthält, mit diesem Tage auf.

III. Dem Höchstpreise unterliegt nicht die Kindermilch im Sinne unserer Erläuterung vom 29. Januar 1916.

IV. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

Breslau, 28. Oktober 1916. 4959

Der Magistrat

hiesiger Königlichen Haupt- u. Residenzstadt

Matting. Dr. Wagner. Prescher.

Neue Höchstpreise für Rindfleisch.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 betr. Höchstpreise und der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 betreffend die Versorgungsregelung nebst den ergangenen Abänderungs- und Ausführungsbestimmungen verordnen wir nach Anhörung der Preisprüfungsstelle mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten:

I. Für den Verkauf im Kleinhandel gelten für je 1 Pfund Rindfleisch folgende Höchstpreise:
dicke Rippe, Kamm, Brust mit eingewachsenen Knochen . . . . . 2.00 Mk.
Rostbratenstück (Rostbeef) mit Knochen (Verkauf ohne Knochen verboten) . . . . . 2.70 Mk.
Bauch und anderes Fleisch (Spannrippe, Hesse, Hals, Dünnungen) . . . . . 1.80 Mk.

II. Die neuen Preise gelten vom 29. Oktober 1916 ab und treten an die Stelle der Preise für die entsprechenden Fleischteile in unserer Verordnung vom 28. September 1916, die im übrigen in Geltung bleibt und mit ihren Nebenbestimmungen auch hier Anwendung findet.

Breslau, 28. Oktober 1916. 4957

Der Magistrat

Matting. Prescher.

O. P. S. 198/16

Bekanntmachung.

Nach dem Gesetze betr. die Beschulung blinder und taubstummer Kinder, vom 7. August 1911 sind blinde Kinder vom vollendeten 6. Lebensjahre, taubstumme Kinder vom vollendeten 7. Lebensjahre, sofern sie genügend entwickelt und bildungsfähig erscheinen, verpflichtet, den in den Anstalten für blinde oder taubstumme Kinder eingerichteten Unterricht zu besuchen. 4950

Zu den blinden Kindern gehören auch solche Kinder, die so schwachsichtig sind, daß sie den blinden Kindern gleichgeachtet werden müssen.

Zu den taubstummen Kindern im Sinne des Gesetzes gehören auch stumme, ertaubte und solche Kinder, deren Gehörreste so gering sind, daß sie die Sprache auf natürlichem Wege nicht erlernen können und die erlernte Sprache durchs Ohr zu verstehen nicht mehr imstande sind.

Um die rechtzeitige Beschulung überwachen zu können, sind alljährlich alle Kinder, die bis zum 31. März **das 4. Lebensjahr** vollenden und die mit den oben genannten Fehlern behaftet sind, uns namhaft zu machen

Wir fordern daher die Eltern oder gesetzlichen Vertreter aller hier ortsangehörigen blinden oder taubstummen Kinder auf, diese Kinder, soweit sie **am 31. März 1917** das 4. Lebensjahr zurückgelegt, jedoch das 14. Lebensjahr (bei Blinden) und das 15. Lebensjahr (bei Taubstummen) noch nicht vollendet haben und in einer Blinden- oder Taubstummenanstalt nicht untergebracht sind, alsbald im Magistratsbüro IV, Gartenstraße 3, Hinterhaus 2. Stock, Zimmer 6, während der Dienststunden von vormittags 8 bis 3 Uhr nachmittags unter Vorlegung des Tauf- und Impfscheines anzumelden. Bei nicht getauften Kindern tritt an die Stelle des Taufscheines die Geburtsurkunde. Bei Kindern, die durch nachfolgende Ehe legitimiert worden sind, ist außer Impf- und Taufschein in jedem Falle auch die Geburtsurkunde vorzulegen.

Taubstumme und zugleich blinde Kinder, die im Alter von 6 bis 15 Jahren stehen, sind — auch wenn sie sich in einer Anstalt befinden, ebenfalls bei uns anzumelden. Solche Kinder sind zwar nach dem Gesetze nicht schulpflichtig, es soll aber auf ministerielle Anordnung ihre Zahl festgestellt werden.

Breslau, den 23. Oktober 1916.

Der Magistrat

hiesiger Königlichen Haupt- u. Residenzstadt.

Pressenotiz.

Mit dem 1. November 1916 tritt eine abändernde Bekanntmachung über die Verwendung von Benzol und Solventnaphta, sowie über Höchstpreise für diese Stoffe in Kraft.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei der Schriftleitung der Zeitung einzusehen. 4963

Breslau, den 27. Oktober 1916

VI. Armeekorps Stellv. Generalkommando. Abt. II f Nr. 225/10. 16.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate

in der Volkswacht kosten die kleine Zeile

nur 15 Pfennige

Maurer u. Zimmerleute zu 75 Pfg.

Bauarbeiter zu 50-60 Pfg. Stundenlohn

stellt ein 4[illegible]

Bauführer Marschallek

beim Neubau der Firma Carl Kochan [illegible]

[illegible]

Zigarrenmacherin [illegible]

Bunte Jugend-Bücher

jedes Bändchen 10 Pfg.

zu beziehen durch die Expedition

[illegible] G. m. b. H. — Druck von [illegible] G. m. b. H., Breslau. [illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Oktober.

Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten.

Heute abend 8½ Uhr findet im Gewerkschaftshause die Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl statt. Vorher wird Genosse Schütz einen Vortrag über die Tätigkeit unserer Fraktion im Stadtparlament halten. Die Genossen und die Genossinnen werden zu zahlreichem Besuch der Versammlung aufgefordert.

Achtung, Bezirksführer!

Die Abrechnung der Bezirkskassierer des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist Montag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr. Die Bezirkskassierer werden ersucht, wegen der am selben Abend im Gewerkschaftshause stattfindenden Mitglieder-Versammlung pünktlich zu erscheinen, oder wenn es irgend möglich sein sollte, schon vorher in der Wohnung des Distriktsführers abzurechnen.

Ein Liter Vollmilch 30 Pf.!

Was vor einigen Wochen angekündigt wurde, ist jetzt leider gekommen: ein Liter Vollmilch kostet vom 29. Oktober an in Breslau 30 Pf., frei ins Haus 31 Pf. Bisher zahlten wir 26 und 27 Pf. Ueber die Gründe der bedeutenden Milch-Preiserhöhung wird uns vom Magistrat geschrieben:

Die Zufuhr an Vollmilch hat seit einer Reihe von Wochen ständig nachgelassen. Während sie im Juli 1916 noch durchschnittlich täglich 106.000 Liter betrug, ist sie in der ersten Oktoberwoche bis auf 70.000 Liter zurückgegangen. Es ist zu befürchten, daß infolge der gesetzlichen Maßnahmen über die Speisefette, die Vollmilch und bei Eintreten der Winterfütterung die Zufuhr noch weiter sinkt.

Auch ist aus den Kreisen der Erzeuger der Nachweis erbracht worden, daß bei dem Höchstpreise von 26 Pfg. für das Liter Vollmilch die Verarbeitung der Milch für den Landwirt wirtschaftlicher ist, als der Verkauf als Frischmilch. Für Breslau besteht nach der Aufhebung des Milchhöchstpreises für den oberschlesischen Industriebezirk durch den stellvertretenden kommandierenden General die Gefahr, daß die Milch nach Oberschlesien abwandert, wenn sie hier nicht angemessen bezahlt wird.

Der Magistrat hat sich deshalb zu einer Erhöhung des seit Dezember 1915 geltenden Kleinhandelshöchstpreises entschließen müssen und macht den neuen Preis von 30 Pfg. für 1 Liter im heutigen Anzeigenteile bekannt. Für die Lieferung frei Haus wird ein Zuschlag von 1 Pfg. für das Liter zugelassen.

Vor dem Kriege zahlten wir in Breslau für einen Liter Vollmilch 18 Pf., bald nach Kriegsausbruch 22 Pf., dann 26 Pf. und jetzt 30 Pf. Das ist eine Verteuerung um 12 Pf.!

Der Speck ohne Marken.

Ohne Fleischmarken ist jetzt kein Stückchen Fleisch und Wurst zu haben und auch kein Speck. Trotzdem sind an Beamte und Arbeiter des städtischen Schlachthofes im August 1916 nicht weniger als reichlich zehn Zentner Speck ohne Fleischmarken verkauft worden. Diese Speckabgabe hat in der Bürgerschaft mit Recht großen Unwillen hervorgerufen. In der Stadtverordnetensitzung am 11. September hat darauf der Stadtv. Genosse Schütz die Sache zur Sprache gebracht und die nötige Aufklärung verlangt. Der Magistrat erklärte, eingehende Ermittelungen anzustellen und teilt jetzt der Stadtverordneten-Versammlung schriftlich folgendes mit:

„Am 13. Juli 1916 beschloß der Ausschuß in der Preisprüfungsstelle, dem Magistrat den Verkauf der Restbestände an Speck, Schinken und Rauchfleisch aus der Festungsverproviantierung zu empfehlen, um ein Verderben der Ware zu verhüten. Der Ausschuß empfahl, ein Drittel an die städtischen Anstalten, zwei Drittel durch Vermittelung der Fleischer an die Verbraucher ohne Einziehung von Fleischmarken abzugeben. Der Preis sollte auf 25 Prozent unter dem Höchstpreise festgesetzt werden mit Rücksicht auf die durch das lange Lagern eingetretene Wertminderung. Schinken sollte nicht in Mengen über zwei Pfund, Speck und Rauchfleisch nicht in Mengen über ½ Pfund an die Verbraucher abgegeben werden.

Der Magistrat trat diesem Vorschlage bei mit der Aenderung, daß der Verkauf gegen Fleischmarken, bei Anstalten in Anrechnung auf ihr Kontingent und zwar bei Schinken und Rauchfleisch in Mengen bis zu zwei Pfund, bei Speck und Bäuchen in Mengen bis zu ½ Pfund zu erfolgen habe und der Preis bei Schinken und Rauchfleisch auf 20 Prozent, bei Speck und Bäuchen auf 10 Prozent unter dem Höchstpreise festgesetzt würde. Die Gesamtmenge dieser Fleischwaren betrug 17.318 Kilogramm.

Verkäufe von Speck und Rauchfleisch aus dem städtischen Festungsproviant hatten schon im vorigen Herbst und Winter stattgefunden, wobei in den Markthallen nach öffentlicher Bekanntmachung an jedermann verkauft wurde. Bei diesen Verkäufen sich mit etwas Speck und Rauchfleisch zu versorgen, hatten die Beamten und Arbeiter des Schlachthofes größtenteils keine Gelegenheit, weil sie durch ihren andauernden Dienst bei der Verproviantierung mit Vieh und Fleisch während des Tages in Anspruch genommen waren. Wiederholt waren daher Beamte und Arbeiter des Schlachthofes herangetreten mit dem Wunsche, ebenfalls etwas Speck oder Rauchfleisch wie die übrige Bevölkerung kaufen zu können; sie wurden aber bis zur allgemeinen Auflösung der Bestände vertröstet.

Bei der Auflösung der Restbestände im August 1916 bot sich Gelegenheit, diesen Wünschen zu entsprechen, da von dem den Anstalten zugedachten Drittel von 5775 Kilogramm nur 4170 Kilogramm in Anspruch genommen wurden und 1603 Kilogramm Bestand blieben. Berücksichtigt wurden diejenigen Gruppen von Beamten und Arbeitern, die bei der Festungsverproviantierung mit Vieh, Fleisch und Futtermitteln und bei der Fleischversorgung besonders beteiligt waren, auf Grund ihrer Meldung.

Daß nur „der Verwaltung genehme" Personen berücksichtigt worden seien, ist eine durch nichts gerechtfertigte Unterstellung. Im ganzen wurden an 79 Personen 515 Kilogramm zu den vom Magistrat für die Abgabe an Verbraucher allgemein vorgeschriebenen Preisen abgegeben. Wie durch Umfrage, auch bei der Markthallenverwaltung, festgestellt worden ist, hatten die Empfänger bei den Speckverkäufen in den Markthallen seiner Zeit nichts erhalten. Der Verkauf fand am 31. August 1916 statt; hierbei wurde der Magistratsbeschluß, wonach der Verkauf nur gegen Fleischmarken stattzufinden habe, nicht beachtet, sondern die Ware ohne Abforderung von Fleischmarken abgegeben. Der von dem obenerwähnten Restbestande von 1603 Kilogramm nach Abzug von 515 Kilogramm verbleibende Teil mit noch 1088 Kilogramm wurde den Fleischern zur allgemeinen Abgabe an Verbraucher übergeben. Der Magistrat hat von der Angelegenheit erst durch die Eingabe eines Arbeiterverbandes vom 4. September 1916 Kenntnis erhalten.

Daß Speck und Fleischwaren an Beamte und Arbeiter des Schlachthofes abgegeben worden sind, können wir in Anbetracht des Umstandes, daß diese Personen sich bei den früheren allgemeinen Speckverkäufen nicht versorgen konnten und nicht versorgt haben, nicht ohne weiteres mißbilligen, wenn wir auch lieber gesehen hätten, daß schon damals den Beteiligten dieselbe Gelegenheit wie der übrigen Bürgerschaft gegeben worden wäre und sie nicht vertröstet worden wären auf spätere Zeit, wo sich die Verhältnisse ändern konnten. Dagegen mißbilligen wir durchaus, daß die Absicht des Verkaufs überhaupt nicht rechtzeitig zur Kenntnis und Genehmigung des Magistrats gebracht worden ist und die Abgabe ohne Fleischmarken stattgefunden hat. Wir haben für die Zukunft angeordnet, daß jede Abgabe von Lebensmitteln aus städtischen Beständen, die aus irgend welchen Gründen nicht auf Kopfmarken oder Lebensmittelmarken erfolgen soll, eines förmlichen Genehmigungsbeschlusses des Magistrats bedarf, der hierbei zu prüfen hat, ob die beantragte Abgabe überhaupt zulässig ist."

Der Arbeiter-Verband, der diesen Speckverkauf dem Magistrat unterm 4. September gemeldet hat, ist die Breslauer Zahlstelle des Gemeindearbeiter-Verbandes. Der Magistrat mißbilligt die Speckabgabe ohne Fleischmarken und die Schlachthof-Verwaltung wird wohl darauf halten, daß in Zukunft solche Verkäufe unterbleiben. Zum Berichterstatter für diese Mitteilung des Magistrats ist Stadtverordneter Schütz ernannt.

½ Pfund Fleisch wöchentlich.

Im Hauptausschusse des Reichstages wurde am Sonnabend die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch weiter besprochen. Seitens der Behörde wurde unter anderem erklärt, es sei zu erwarten, daß die Fleischmenge von 250 Gramm wöchentlich auf den Kopf der Bevölkerung tatsächlich werde geliefert werden können. Weitere Zugeständnisse in Bezug auf Hausschlachtungen, sogenannte Pensionsschweine, Freilassung der Hühner von der Anrechnung auf die Fleischkarten wurden als unmöglich bezeichnet. Herr von Batocki sagte weiter, eine Senkung der Viehpreise sei nicht möglich. Den Schiebungen mit den Fleischkarten in den Gastwirtschaften soll entgegengetreten werden. Ein Vertreter des Kriegsernährungsamtes bemerkte, die Gutsbeamten erhielten im allgemeinen die Rationen der Selbstversorger.

Ferner besprach der Hauptausschuß die Versorgung mit Milch, Butter, Speisefetten und Eiern. Der Vorsitzende der Reichsfettstelle sagte, der wilde Handel mit Butter sei jetzt unterbunden. (?) Die Landwirte seien im allgemeinen bereit, billig abzuliefern. Mit dem guten Willen der Erzeuger und mit der notwendigen Aufklärung käme man weiter als mit Zwangs- und Strafvorschriften. Die Versorgung der Bedürftigsten, der Kranken, Wöchnerinnen und Kinder mit Milch sei gesichert. Ueber die vor drei Wochen erlassene Verordnung in Bezug auf die Milch waren die Ansichten geteilt.

Winterkartoffeln gegen Bezugscheine.

Die Kartoffelversorgung ist noch immer wenig befriedigend. Der Magistrat schreibt darüber: Die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln auf die von den Brotmarkenausgabestellen ausgestellten braunen Bezugscheine für die Winterzeit, d. h. für die Zeit vom 20. November 1916 bis 11. März 1917, war vom Magistrat in der Weise geplant, daß von Anfang Oktober ab die Anlieferung an die einzelnen Haushalte beginnen sollte. Alle Vorbereitungen dazu waren getroffen.

Da die erwarteten größeren Zufuhren jedoch ausblieben, mußte die Lieferung verschoben und als neuer Zeitpunkt des Beginnes der Lieferung etwa der 20. Oktober 1916 in Aussicht genommen werden, weil nach den vom Lande kommenden Nachrichten anzunehmen war, daß dann die verspätete Ernte und die Herbstbestellungsarbeiten so weit gefördert sein würden, daß die reichlicheren Zufuhren einsetzen könnten.

Auch zu diesem Zeitpunkte ist es aber nicht möglich gewesen, die Belieferung der Haushalte vorzunehmen, weil die erhöhten Zufuhren weiter ausgeblieben sind. Der Magistrat hofft, daß in nicht allzu ferner Zeit nun endlich erheblichere Mengen an Kartoffeln eingehen werden und daß dann mit der Lieferung des Wintervorrats wird begonnen werden können.

Kartoffelmarken Nr. 7 und 8.

Der Magistrat macht bekannt: Auf die Kartoffelmarke Nr. 7, giltig vom 30. Oktober bis 5. November 1916, werden 3 Pfund, auf die Marke Nr. 8, im gleichen Zeitraum giltig, 4 Pfund, insgesamt also 7 Pfund Kartoffeln abgegeben.

Die Zusatzmarke Nr. 4 Z für Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter berechtigt in derselben Zeit zur Entnahme von 3 Pfund Kartoffeln.

Volksvorstellung.

Die nächste Volksvorstellung des Bildungsausschusses findet auf vielfach geäußerte Wünsche hin an einem Sonntag nachmittag und zwar nächsten Sonntag, den 5. November, um 3½ Uhr statt. Zur Aufführung kommt Sudermanns Drama „Das Glück im Winkel". Billets sind von heute an im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 37, zu haben.

An den Frieden.

Von Karl Wilhelm Ramler (1725—1798).

Wo bist du hingeflohn, geliebter Friede?
Gen Himmel, in dein mütterliches Land?
Hast du dich ihrer Ungerechtigkeiten müde,
Ganz von der Erde weggewandt?

Wohnst du nicht noch auf einer von den Fluren
Des Ozeans, in Klippen tief versteckt,
Wohin kein Wuchrer, keine Missetäter fuhren,
Die kein Eroberer entdeckt?

O, wo du wohnst, laß' endlich dich erbitten:
Komm wieder, wo dem süßer Feldgesang,
Von herdevollen Hügeln, und aus Weinbeerhütten,
Und unter Karnaitären klang.

Denn ach!! Der Krieg verwüstet Saat und Reben
Und Korn und Most; vertilget Frucht und Stamm;
Erwürgt die frommen Mütter, die die Milch uns geben,
Erwürgt das kleine, fromme Lamm.

Mit unsern Rossen fährt er Donnerwagen,
Mit unsern Sicheln mäht er Menschen ab;
Den Vater hat er jüngst, er hat den Mann erschlagen,
Nun fordert er den Knaben ab.

Erbarme dich des langen Jammers! rette
Von deinem Volk den armen Ueberrest!
Bind' an der Hölle Tor mit siebenfacher Kette
Auf ewig den Verderber fest.

Lobe-Theater.

Moliere-Shakespeare-Abend.

Wenn heut das liebe Publikum auch oft nach Maß und Gewicht betrogen wird, so geschieht das jedenfalls in den Breslauer Vereinigten Theatern nicht. Schon mehrfach in diesem Jahre haben wir vielmehr feststellen können, daß eher zuviel des Guten geboten wird. Die Direktion richtet sich anscheinend nach der Bibel und bemüht sich, dem Publikum ein voll, gedrückt, gerüttelt und überschüssig Maß in den Schoß zu legen. So auch am Sonnabend und an den folgenden Tagen mit dem gleichen Programm. Molieres „Tartüffe" hat fünf Akte und Shakespeares „Komödie der Irrungen" die gleiche Zahl. Zehn Theaterakte an einem Abend sind jedenfalls nicht zu wenig. Fertiggebracht wurde ihre Abwickelung dadurch, daß „Tartüffe" ohne jede Pause gegeben wurde. Nicht einmal der Vorhang fiel, sondern nur eine nach Sekunden bemessene Verdunkelung der Bühne trennte die einzelnen Akte. Und bei der „Komödie der Irrungen" hatte man das Kunststück fertig gebracht, die fünf Akte in drei zusammenzuziehen und sie obendrein am gleichen Orte spielen zu lassen, so daß es auch hier keine Pausen gab. Der Franzose Moliere und der Engländer Shakespeare zählen beide zu den Geistesriesen, die aus den europäischen Kulturvölkern emporgewachsen sind. Daß ihnen in unserer Zeit des Völkerhasses und der Völkervernichtung ein Ehrenabend gewidmet wird, ist für jeden Kultur- und Menschenfreund sehr erfreulich. Zudem besitzt Molieres „Tartüffe" Ewigkeitswert. Er wirkt noch heut so frisch, als zur Zeit, da er geschrieben wurde. Solange es Scheinheilige gibt — und die sterben so wenig aus wie die Dummen, die geneigt sind, jedem frommen Gesicht zu trauen — solange wird auch Molieres feinsinnige Komödie zeitgemäß bleiben. Shakespeares „Komödie der Irrungen" handelt es sich um ein Jugendwerk des Dichters, das mit viel Geräusch über die Bühne zieht und durch die Komik von Verwechselungen das Publikum zum Lachen zwingt.

Vor dem Kriege gastierte im Breslauer Thaliatheater gelegentlich ein französisches Wandertheater, das hier auch den „Tartüffe" mit verhältnismäßig guten Kräften gegeben. Leider kommen jetzt seine Feinheiten in der Uebersetzung nicht voll zur Geltung, die Aufführung selbst aber läßt nichts zu wünschen übrig und hält jeden Vergleich mit dem damaligen Spiel der französischen Gäste aus. Vor allem war der Tartüffe des Herrn Fischer-Streitmann ein glänzend gezeichneter Mucker und Lüstling. Herr Kruck wußte den blindgläubigen und rechtschaffenen Orgon mit natürlicher Würde zu zeichnen. Sonst taten sich hervor Fräulein Solta (Orgons Mutter), Fräulein Ottenburg (Orgons Frau), Fräulein [illegible] (Mariane), Herr Neuhaus (Valerius), Herr [illegible] (Orgons Schwager), und nicht zuletzt Käthe Habel-[illegible] als Kammerjungfer. In der „Komödie der Irrungen" wurden die Zwillingsbrüder Antipholus von den Herren [illegible] und Neuhaus, und die Zwillingsbrüder Dromio von den Herren Schmidt und Rahl gegeben. Die Aehnlichkeit war in beiden Fällen verblüffend gut hergestellt und da es auch die übrigen Mitwirkenden an Fleiß nicht fehlen ließen, kamen die Besucher aus dem Lachen nicht heraus. B.

Aus aller Welt.

Eine bösartige Mutter. Die Frau eines Lagerarbeiters in Köln trieb, während ihr Mann bei der Marine diente, einen liederlichen Lebenswandel, sie ließ ihre fünf Kinder völlig verwahrlosen. Die entmenschte Mutter kümmerte sich nicht um die Kleinen, die wie Skelette abgemagert waren und nur mit Gemüse und trocknem Brot ernährt wurden. Die Säuglingsmilch wurde von der Frau selbst getrunken. Bei sofortiger Verhaftung erkannte die Kölner Strafkammer auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Von Wilddieben erschossen. Am Spießberg bei Fulda wurde der Waldhüter Fauch, mit einer Schußwunde in der Brust, tot aufgefunden. Allem Anschein nach handelt es sich um ein von Wilderern verübtes Verbrechen.

Gegen das Schwein wendet sich gustav nagel aus arendse. Er schreibt dem „Arendseer Wochenblatt": „grüße si got ser geerte schriftleitung, in lezter nummer irer w. zeitung bringen si ein gedicht „der schrei nach dem schwein" zum Abdruk, worin offenbar götzendinst und unreine genussucht zum Ausdruk gebracht wird; wir sind allzumal sünder, aber die sünde ist immer unser ferderben; wollten daher wir deutschen, nachdem uns der libe got one unser ferdinst und würdigkeit for so filen und mächtigen feinden gnädig beschüzt hat, jezt aus dankbarkeit dafür das schwein als unsern got auf den hausaltar stellen, dan würden wir sicher gottes zorn heraufbeschwören und got würde uns ohne gnade in die hand der feinde fallen und uns alle ferderben laßen, den got ist ein eifriger got und duldet keine andern götter neben sich, am allerwenigsten das schwein, welches got im 3. mose kap. 11 fers 1—8 als für den menschen unrein und ihn ferunreinigend bezeichnet; immer sezt gottes wage ein, wen wir in unreine genussucht ferfallen; ich aber möchte nicht mer ferderben, am allerwenigsten in di hand der feinde fallen, darum lege ich hirmit für mich und mein haus und für arendse und ganz deutschland ganz entschiden ferwarnung dagegen ein, daß das schwein unsere [illegible], unser ganzes leben und die ruhe unseres [illegible] sein sol; nur got allein ist unser licht, wie lesus ich unsere [illegible] got nur allein ist unsere ruhe; got beware uns for götzendinst;

got befolen gustav nagel."

Zum Anbeten wollen ja am Ende die Menschen das Schwein auch nicht, gustav nagel kann darüber beruhigt sein. Aber ein Lichtblick ist es, wenn schwerarbeitende Menschen einmal auch [illegible] behommen.

Gemüse-Höchstpreise

für die Woche vom 29. Oktober bis 5. November:

Rote Speise-Mohrrüben ohne Kraut ein Zentner 7 bis 8 Mark.

Weißkraut ein Zentner 6 bis 7 Mk.

Weißkraut ein Zentner 4 bis 5 Mk.

Rotkraut ein Zentner 8 bis 9 Mk.

Zwiebeln ein Zentner 15 bis 20 Mark, zwanzig Pfund 3,60 bis 4 Mk.

Wrucken (Erdrüben) ein Zentner 3,50 bis 4,50 Mk.

Sellerie ein Zentner 10 bis 13 Mk.

Aepfel: Gute Tafeläpfel 1 Zentner 20 bis 30 Mk., Gravensteiner 1 Ztr. 35 bis 45 Mk.

Im Kleinhandel ist ein Zuschlag von 20 Prozent gestattet.

Die Höchstpreise für Rindfleisch ermäßigt!

Von gestern Sonntag an kostet im Breslauer Kleinhandel je ein Pfund: dicke Rippe, Kamm, Brust, mit eingewachsenen Knochen 2 Mark (bisher 2,20 Mark), Roßbratenstück (Rostbeef) mit Knochen 2,70 Mark (bisher 2,80 Mark), Bauch und anderes Fleisch (Spannrippe, Hesse, als Dünnungen) 1,80 Mark (bisher 1,92 Mark).

Fleisch ohne Knochen von Keule und Bug, ebenso Lendenstück (Filet) kosten so viel wie bisher. (Siehe Anzeigenteil.)

Neuer Höchstpreis für Schleien.

In Breslau kostet jetzt ein Pfund Schleien 2 Mark. Bisher stand der Höchstpreis auf 1.80 Mark. Vom Magistrat wird hierzu noch geschrieben:

Der hiesige Regierungspräsident hat in Abänderung seiner Verfügung vom 11. August 1916 den Großhandelshöchstpreis für Schleien auf 167 Mark für je 50 Kilogramm Reingewicht einschließlich Verpackung festgesetzt. Dadurch ist dem Magistrat die Möglichkeit gegeben, den Kleinhandelshöchstpreis in Abänderung seiner Festsetzung vom 15. August 1916 auf 2 Mark für ein Pfund festzusetzen und ihn damit in Einklang zu bringen mit dem Verkaufspreise, den die Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung für die mit ihrer Genehmigung in den Handel gebrachten Fische zurzeit festgesetzt hat. Die Bekanntmachung des Magistrats steht im Anzeigenteil der heutigen Nummer.

Zur Behebung von Zweifeln wird bei dieser Gelegenheit nochmals auf § 3 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 8. August 1916 hingewiesen, welche lautet:

„Auf den Absatz von Karpfen und Schleien, der mit Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung m. b. H. in Berlin erfolgt, sowie auf den Weiterabsatz solcher Karpfen und Schleien finden die auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Regelung der Fischpreise vom 1. Mai 1916 festgesetzten Höchstpreise keine Anwendung."

Für die vorstehend bezeichneten Fische haben demnach die vom Regierungspräsidenten festgesetzten Großhandelshöchstpreise und die vom Magistrat bekannt gegebenen Kleinhandelshöchstpreise keine Geltung. Die Preise solcher Fische richten sich nach den Vorschriften der Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung.

Höchstpreise für Rüben.

[illegible] läßt, wird jetzt mit Wurzelfrüchten eine unerhörte Spekulation und Preistreiberei getrieben. Das Kriegsernährungsamt hat deshalb Höchstpreise festgesetzt.

Die Erzeugerhöchstpreise betragen auf den Zentner für Stoppelrüben 1,50 Mark, für Runkelrüben 1,80 Mark, für Kohlrüben 2,50 Mark, für weiße und gelbe Feldmöhren 4 Mark. Soweit später zur Deckung des städtischen Bedarfs ländliche Kommunalverbände mit der Beschaffung der nötigen Mengen beauftragt werden, soll ihnen, um ihnen den freien Ankauf zu erleichtern, ein mäßiger Spielraum in der Preisbemessung gewährt werden. Nähere Bestimmungen hierüber werden nach Fertigstellung der Anbauerhebungen ergehen.

Freigegebener Fruchtbranntwein.

Es wird gemeldet: Vom 1. November 1916 dürfen nur 25 Hundertteile des früheren Verbrauchs an vollständig vergälltem Branntwein für häusliche Zwecke (Fruchtbranntwein) in den Verkehr gebracht werden. Bis zu 20 Hundertteilen sind zu dem bisherigen Preise von 0,55 Mark für das Liter gegen Bezugsmarken, die die Gemeindeverwaltungen ausgeben, zu liefern, während der Rest bis zu 5 Hundertteilen, zu dem ebenfalls unverändert gebliebenen höheren Preise von 1,50 Mark für das Liter verkauft werden darf. Die übrigen in der Bekanntmachung vom 13. Mai 1916 (Deutscher Reichsanzeiger vom 15. Mai 1916 Nr. 124) enthaltenen Bestimmungen werden durch vorstehende Anordnung nicht berührt.

Unterricht für blinde und taubstumme Kinder.

Der Magistrat erläßt im Anzeigenteile eine Bekanntmachung über die Anmeldung blinder und taubstummer Kinder, soweit sie am 31. März 1917 das vierte Lebensjahr zurückgelegt haben, zum Unterricht. Eltern und Vormünder von blinden und taubstummen Kindern seien besonders darauf hingewiesen.

* Versammlung des Vereins Frauenwohl. Am Donnerstag hielt der Verein Frauenwohl seine Mitgliederversammlung im [illegible] ab. Auf der Tagesordnung standen zwei wichtige Vorträge: „Der öffentliche [illegible]", über den Frau [illegible] Abeag sprach, und die „[illegible]" von Fräulein [illegible] Urbach. [illegible]

* [illegible]

[illegible]

---

selbe sind hier im Gasthofe „Breslauer Hof", Neue Taschenstraße, abgestiegen, wo sie sich unter vorstehenden Personalien in das Fremdenbuch eingetragen haben. Die beiden Frauen entfernten sich am vorigen Sonntag vormittags aus dem Gasthof und sind dorthin nicht wieder zurückgekehrt, trotzdem sie einige Kleidungs- und Gepäckstücke dort zurückgelassen haben. Ueberhaupt fehlte von den beiden Frauen seitdem jede Spur, bis man eben die in Rede stehende Leiche fand, die der älteren Schwester anzugehören scheint. Man muß jedoch vermuten, daß beide Schwestern gemeinsam Selbstmord verübt haben, die Leiche der jüngeren jedoch bisher nicht gefunden worden ist. Aus Krummhübel ist auf polizeiliche Anfrage der Bescheid gekommen, daß die beiden Damen dort unbekannt sind. Auf eine Anfrage in Berlin ist bisher Auskunft noch nicht eingetroffen. Die Polizei ersucht jedoch die Personen, die Angaben über die aufgefundene Leiche oder über die beiden oben genannten Frauen Auskunft geben können, dem Polizeipräsidium, Zimmer 47, Meldung zu machen. Dort liegt auch ein Bild der Leiche aus.

* Einbruchsdiebstähle. Aus dem Keller eines Grundstücks in der Schloßstraße sind am 26. Oktober mittels Einbruch 3 große tragende Kaninchen gestohlen worden; ebenfalls aus einem Keller in der Hansastraße wurden in der Zeit vom 26. bis zum 27. Oktober mehrere Weckrausen mit Früchten, sodann mehrere Flaschen Beeren und Fruchtsaft und eine Menge Kartoffeln und eine Menge Palmin entwendet. — In der Nacht zum 27. Oktober haben Diebe aus dem Hühnerstall in einem Kohlenhof auf der Frankfurter Straße 9 Hühner gestohlen (2 rotbraune, 3 weiße, 2 schwarze, 2 weiß- und braun gezeichnete). — In derselben Nacht sind aus einem Hühnerstall auf der Lorenzgasse 9 Hühner, 2 alte, grauweiß und schwarzgesleckt, und 7 junge, etwa ¾ Jahr alte (4 Hähnchen und 3 Hühnchen) entwendet worden.

* Taschendiebstahl. In dem Fischgeschäft „Nordsee" auf der Schmiedebrücke ist am 27. Oktober, vormittags, einer Dame von auswärts aus deren Handtasche der Betrag von 80 Mark gestohlen worden.

* Kindesleiche. Wie schon kurz gemeldet, wurde am 25. Oktober an der Liebichshöhe aus dem Stadtgraben die Leiche eines neugeborenen Knaben gelandet, die vollständig nackt ins Wasser geworfen worden ist. Wie festgestellt, handelt es sich um ein vollständig ausgewachsenes Kind, das lebensfähig gewesen ist. Angaben zur Ermittelung der Mutter des Kindes oder der Person, die die Leiche in den Stadtgraben geworfen hat, werden nach Zimmer 47 des Polizeipräsidiums erbeten.

* Ermittelt. Der junge Mann, der, wie gemeldet, in einer Scheune in Oswitz von Soldaten aufgefunden wurde und bei der Ueberführung nach einem Krankenhause in Breslau verstarb, ist als ein 17 Jahre alter Maschinenbaulehrling aus Breslau ermittelt worden. Der eigenartig veranlagte junge Mensch wurde vor 14 Tagen vermißt, und scheint seit der Zeit nahrungslos in der Scheune in Oswitz gelegen zu haben.

* Markthallendiebstahl. Am 27. Oktober, vormittags, ist in der Markthalle I (Ritterplatz) einer Dame deren schwarze Ledergeldtasche mit etwa 30 Mark aus der Rocktasche gestohlen worden.

* Liebich-Theater. Heute abend 8 Uhr: Unwiderruflich letzter Gastspiel-Abend der Tänzerin Mabel May Yong. — Morgen Dienstag zum ersten Male: „Allegorien auf die große Zeit", neueste Schöpfungen des hier bestbekannten Samy [illegible]. Gleichzeitig verabschiedet sich der beliebte sächsische Komiker Paul Beckers und sämtliche Künstler des Oktober-Programms.

Schlesien und Posen.

Glogau, 30. Oktober. Lebendig verbrannt ist in Oberglauche die fünf Jahre alte Tochter der Dominialarbeiterfrau Hannert. Das Kind war dem aus dem Ofen herausgefallenen Feuer zu nahe gekommen und stand in wenigen Minuten in hellen Flammen.

Schmiedeberg, 30. Oktober. Bummelanten. Die Stadtverordneten-Sitzung, die hier Freitag nachmittag angesetzt war, mußte wegen Beschlußunfähigkeit ausgesetzt werden.

Posen, 30. Oktober. Gefahren des Eisenbahnerberufs. Beim Durchfahren der Station Unterberg schlug der Feuermann Max Liebach beim Hinauslehnen aus der Lokomotive an einen an dem Gleise stehenden Mast und zog sich am Kopfe schwere Verletzungen zu. In einem hiesigen Krankenhause verstarb F., ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Bromberg, 30. Oktober. Tödlicher Unglücksfall. Donnerstag mittag lenzang in der Nakeler Straße in Prinzenthal die zehnjährige Tochter des Eigentümers Glau in der Teichstraße, als sie rasch einem Fuhrwerk ausweichen wollte, auf das Gleis der Straßenbahn. In demselben Augenblick kam ein Straßenbahnwagen in voller Fahrt daher und überfuhr das Kind, das bald darauf starb.

[illegible], 30. Oktober. Zwei schwere Grubenunfälle. — 5 Bergleute getötet. Die vielen tödlichen Gefahren unserer Bergleute, die ihnen in der Tiefe drohen, haben wieder einmal ihre Macht betätigt und 5 Bergleuten den vorzeitigen Tod gebracht. Auf der Wolfganggrube, die der Ballestremschen Verwaltung gehört, war durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß eine Kohlenstaubexplosion entstanden, die zu den tödlichen Feinden der Bergmannsleute gehört. Hierbei wurden 5 Bergleute schwer verbrannt. Mit unermüdlichem Eifer arbeiteten die anderen Bergleute an dem Rettungswerk für die Kameraden. Es gelang auch, sämtliche zu bergen. 4 Bergleute waren sehr schwer verletzt; sie hatten schwere Brandwunden erlitten und [illegible] nach dem Knappschaftslazarett [illegible] [illegible]. Dort sind zwei [illegible] den Verletzungen erlegen, und zwar der Häuer Hajka und der Häuer [illegible], während der Häuer [illegible] und der Häuer Bednarz [illegible] noch am Leben sind.

[illegible] im Gottessegengrube. [illegible] drei Menschen zum Opfer: [illegible] und [illegible] ein russischer Kriegsgefangener. [illegible] Wasserdurchbruch [illegible]

Versicherungsangelegenheiten.

[illegible]

Neueste Nachrichten.

Neuer Kriegsminister.

Großes Hauptquartier, 29. Oktober. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat den Kriegsminister Generalleutnant Wild von Hohenborn mit der Führung eines Armeekorps im Westen beauftragt und den Führer des 14. Reservekorps Generalleutnant von Stein zum königlich preußischen Kriegs- und Staatsminister ernannt.

Diese Veränderung ist durch die Notwendigkeit veranlaßt, daß der über die militärischen Maßnahmen im Heimatsgebiet entscheidende Minister über die in zunehmendem Umfang maßgebenden Bedürfnisse des Feldheeres durch umfassende Erfahrung als Truppenführer unterrichtet sein muß.

Politische Uebersicht.

Bethmann-Hollweg gegen Graf Reventlow. Die „Voss. Ztg." meldet: Wie wir hören, hat der Reichskanzler bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen den Schriftsteller Grafen Ernst Reventlow wegen Beleidigung gestellt. Die Beleidigung soll in der letzten Versammlung des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden" im Abgeordnetenhause gefallen sein. Dort hatte Reventlow politische und persönliche Angriffe gegen den Reichskanzler gerichtet und von ihm u. a. behauptet, daß er bei Durchführung seiner Kriegspolitik auch von der Verwendung bewußt falscher Mittel nicht zurückschrecke.

So sehr der vorwitzige Graf für seine Kriegshetzereien etwas auf den Mund kriegen sollte, so wenig können solche politische Gegensätze durch Bagatellprozesse entschieden werden.

In der Groß-Berliner Metallindustrie ist der Friede dadurch gesichert, daß eine Versammlung der Rohrleger sich mit dem Vergleichsvorschlag des Einigungsamtes einverstanden erklärte.

Briefkasten.

K., Brandenburgerstraße. Nein, wegen Beleidigung können Sie nicht gleich das Schöffengericht anrufen; da müssen Sie zuerst zum Schiedsmann gehen. Das ist gesetzliche Vorschrift.

K. L. und andere. Der Rittergutspächter Neumann wohnt in Nieder-Kunzendorf bei Kunzendorf, Kreis Schweidnitz.

J., Gläsendorf. Ihre Frage läßt sich nicht beantworten, weil jetzt keine Zahlen vorliegen.

Ol. Jawornow. Die Unterstützung im „übrigen Galizien" (d. h. abgesehen von Lemberg und Krakau) ist für die Ehefrau und die Kinder über 8 Jahre täglich je 0,85½ Kronen, für Kinder unter 8 Jahren je 42¾ Heller.

A. B. 100. 1. Ja, die Frau durfte diesen Mietspreis verlangen. Die Mieterin hatte es ja in der Hand, die Wohnung zu mieten oder nicht; sie war doch zum Mieten nicht gezwungen. 2. Als Kriegerfrau, wenn der Mann im Felde steht, braucht sie die Wohnung nicht räumen. In diesem Falle aber, wo die Wohnung so teuer ist, wäre es doch das beste, wenn die Frau auszöge und sich eine billigere Wohnung nähme. 3. Das Eingesandt eignet sich nicht zum Abdrucken.

Mehrere Feldabonnenten. Ihre Zuschriften sind wunschgemäß an Herrn Rittergutspächter Neumann, Nieder-Kunzendorf bei Kunzedorf, Kreis Schweidnitz, der die Rede im Konzerthause hielt, weitergegeben worden.

Feldpostgelder gingen ein: Anton Fischer bis 15./12., Lindemann, H. K. 4, Gefrt. Karl Bensch, Gefrt. B. Lehmann, 1000: 5 Krankenträger, Fr. Juraschek, Radfahrer-Komp. 101, 30. 3. 82 bis 4./12., Inf.-Regtm. Nr. 335, 12 Komp.: Sie haben Geld eingeschickt, aber ohne Namen, wer sind Sie?

Wochenspielplan der Breslauer Theater
vom 30. Oktober bis 5. November.

	Stadt-Theater	Lobe-Theater	Thalia-Theater	Schauspielhaus
Montag	Vereinsvorst. Die verkaufte Braut	Der siebente Tag	Doktor Klaus	Die Csardasfürstin
Dienstag	Othello	Der siebente Tag	Doktor Klaus	Das Dreimäderlhaus
Mittwoch	Undine	Tartüffe Komödie der Irrungen	Die wilde Jagd	Die Kaiserin
Donnerstag	Tannhäuser	Tartüffe Komödie der Irrungen	Die wilde Jagd	Das Dreimäderlhaus
Freitag	Die toten Augen	Tartüffe Komödie der Irrungen	Die wilde Jagd	Wiener Blut
Sonnabend	Carmen	Zum 1. Male: [illegible] Die kleinen Verwandten Des Dichters Ehrentag Brunnchen	Die wilde Jagd	Das Dreimäderlhaus
Sonntag nachmittag	—	Die Jungfrau von Orleans	Das Glück im Winkel	—
Sonntag abends	Zum 1. Male: Der Ring des Polykrates Hierauf: Violanta	Die kleinen Verwandten Des Dichters Ehrentag Brunnchen	[illegible] Kaiser Abend. Fuhrmann Henschel	—

Der Wasserstand der Oder.

	28.	29.	30.	[illegible]		27.	28.	29.	30.
[illegible]	2,41	1,66	1,81	[illegible]	[illegible]	1,52	[illegible]	1,48	1,26
[illegible]	0,90	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	—	1,36	1,36	1,45
[illegible]	2,27	2,17	2,22	[illegible]	[illegible]	1,08	1,00	0,90	1,29
[illegible]	−0,93	−2,90	—	[illegible]	[illegible]	+1,67	+1,67	+1,67	2,97
[illegible]	3,60	3,60	3,90	[illegible]	[illegible]	1,00	+1,30	1,32	+1,09
[illegible]	1,56	1,48	1,30	[illegible]	[illegible]	+0,32	+2,22	0,79	+1,06
[illegible]	4,30	4,60	4,64	[illegible]	[illegible]	2,02	2,06	2,00	+2,16
[illegible]	2,50	1,85	1,70	[illegible]	[illegible]	0,71	0,72	0,72	1,32
[illegible]	1,14	2,05	1,81	[illegible]	[illegible]	0,65	0,66	0,65	0,65
[illegible]	0,56	0,74	0,73	1,14	[illegible]	20,91	20,77	20,87	20,96
[illegible]	4,36	3,55	[illegible]	[illegible]	[illegible]	1,40	1,41	1,41	1,45
[illegible]	1,29	2,30	1,96	[illegible]	[illegible]				
[illegible]	+0,55	0,56	0,56	[illegible]					

[illegible]

[illegible] sofort ins [illegible] gehört!

[illegible]

Die „Schutzhaft" im Reichstage.

69. Sitzung vom 28. Oktober.

Am Bundesratstische: Staatssekretär Helfferich.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Zunächst begründet Abg. **Dr. Schiffer** (Natl.) den von ihm eingebrachten und bereits veröffentlichten Gesetzentwurf, betreffend **Auskunfterteilung über Kriegsverordnungen**. Der Redner weist auf die Ueberfülle von Kriegsverordnungen hin, in der sich nur die wenigsten zurechtfinden können, und über deren Inhalt die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Dieser Wirrwarr soll aus der Welt geschafft werden. Der Gesetzentwurf will Stellen schaffen, die zur Auslegung der Kriegsverordnungen zuständig sind. Zentralstelle soll im Interesse der Einheitlichkeit das Reichsamt des Innern sein. Durch diesen Gesetzentwurf soll ebenso unverschuldete Bestrafung wie Umgehung der Kriegsverordnungen verhindert werden.

Der Antrag **Schiffer**, der von allen Parteien, bis auf die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, unterstützt ist, geht an eine besondere Kommission.

Darauf wird die

Beratung über die Schutzhaft

fortgesetzt.

Abg. Waldstein (Volksp.):

Meine politischen Freunde schließen sich dem Antrage Gröber an. Auch während des Krieges dürfen die Forderungen des Rechtsstaates nicht unerfüllt bleiben. Eine **Verhaftung** darf nur zulässig sein, wenn es sich darum handelt, eine **Gefahr** für die Sicherheit des Reiches abzuwenden. Notwendig ist auch eine Bestimmung über die Zulässigkeit von Aufenthaltsbeschränkungen. Wenn wir während des Krieges schon die nötigen Rechtsgarantien schaffen, so wäre das staatserhaltend und in gutem Sinne konservativ. Wir dürfen also wohl auf Unterstützung von seiten der verbündeten Regierungen rechnen. Hoffentlich ergibt sich in der Kommission ein brauchbares Resultat, damit wir auf den Boden des Rechts zurückkehren. (Beifall links.)

Die Kommission beantragt die Ueberweisung an den Reichskanzler zur Erwägung.

Abg. Dr. Riesser (natl.):

Die Zwecke der Schutzhaft wollen wir nicht illusorisch machen. Ohne die Schutzhaft geht es im Kriege nicht, obwohl in Bayern solche Schutzhaft **nicht** existiert. Aber die Frage muß gesetzlich geregelt sein. Jetzt besteht über die Vollstreckung der Schutzhaft auch nicht ein Schatten einer Bestimmung. **Zwangsarbeiten** hat man zuweilen den Verhafteten auferlegt, weiter ihnen das Wechseln der Wäsche verboten. Dergleichen darf nicht vorkommen. Das Minimum von Garantien für die persönliche Freiheit darf durch die Schutzhaft nicht beseitigt werden. Noch während des Krieges müsse die alles erschreckende Härte unmöglich gemacht werden. Das Recht der Beschwerde und das Recht der Verteidigung müsse vor allem den Verhafteten zugestanden werden.

Abg. Dr. Rösicke (kons.):

Auch wir sind der Meinung, daß für die Schutzhaft gewisse **Garantien** gegeben werden sollten. Wir glauben nicht, daß die Schutzhaft im militärischen Interesse entbehrt werden kann. Gewisse Härten in der Handhabung zu **mildern**, sind auch wir bereit. Es ist aber die große Frage, ob dazu ein besonderes Gesetz gemacht werden soll, oder ob ein bezüglicher Erlaß genügt. Diese große Frage können wir nicht ohne weiteres entscheiden. Die Fälle der Spionage und des Verrats militärischer Geheimnisse sind sehr verschieden gelagert und bedürfen einer besonderen Behandlung. Wir sind mit der Weiterberatung des Entwurfs in einer Kommission einverstanden.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.):

Der Tendenz des Antrages stehen wir sympathisch gegenüber und wollen in der Kommission an der Ausgestaltung des Entwurfs mitarbeiten. Aber betont muß doch werden, daß der völlig ungesetzlichen Schutzhaft durch ihn der Charakter einer staatlichen Institution gegeben wird, sie wird durch den Gesetzgeber sanktioniert. Deshalb sollten Sie unserer Anregung Folge geben, den **Belagerungszustand aufheben** und damit die Schutzhaft überhaupt beseitigen. Die Handhabung der Schutzhaft sollte Sie dazu veranlassen, denn sie wird aus politischen Gründen verhängt, sie ist ein politisches **Kampfmittel** gegen oppositionelle Parteien und Personen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Arb.)

Eine wahre Schreckensherrschaft

wird mit ihrer Hilfe ausgeübt. **Denunzianten und Spitzel** verstecken sich hinter der Maske von Patrioten, jede Rechtssicherheit, jeder Rechtsschutz wird geradezu aufgehoben. So harmlos der Ausdruck Schutzhaft klingt, so viel **Gemeinheit und Niedertracht** weckt er. Gar mancher benutzt die Gelegenheit, um persönliche Feinde bei den Behörden zu denunzieren, die Gemeinheit und Niedertracht feiern wahre Orgien. (Vizepräsident Dr. **Paasche** ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Die Behandlung der Inhaftierten ist eine ganz **unwürdige**, der **Verbrecher** ist ihm gegenüber in einer beneidenswerten Lage, denn er wird nach einem geordneten Verfahren beurteilt. Wer aber in Schutzhaft sitzt, wird der Verzweiflung preisgegeben, er ist geradezu **lebendig begraben**. Zu dem Fall Mehring meinte der Staatssekretär Helfferich in der Kommission ganz naiv, es ist besser, daß Mehring in Schutzhaft sitzt, als daß er sich in Freiheit befindet, und etwas **Strafbares** begeht, wofür er dann bestraft wird. Nach dieser Logik sperrt man am besten alle Leute ein. (Abg. **Ledebour**: Auch die Staatssekretäre!) Mehring befindet sich in Haft, weil er in einem Brief an den Abg. Herzfeld sich für eine Friedensdemonstration auf dem Potsdamer Platz ausgesprochen hat, für die er ein Flugblatt verfaßte. Weiter liegt nichts vor, als die **Anregung zu einer Friedenskundgebung** in einem Privatbrief. Also selbst Gedanken sind in Deutschland nicht mehr straffrei. Mehring ist einer der ersten Repräsentanten des deutschen Geisteslebens. Die Verhaftung eines solchen Mannes muß natürlich im Inland und im Ausland **Aufsehen** erregen und man darf sich dann über die niedrige Einschätzung der deutschen Regierung im Inland und Ausland nicht wundern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ebenso liegt

der Fall Luxemburg.

Auch Frau Luxemburg hat keine strafbare Handlung begangen, aber man fürchtet ihren geistigen Einfluß auf die Arbeitermassen im Sinne einer entschiedenen Opposition. Der Kampf gegen eine Regierung, die derartig verfährt gegen die Verkämpfer des Proletariats, muß den ausländischen Sozialisten geradezu als Pflicht erscheinen, und im Inland muß solche **Gewaltpolitik** die Erbitterung ins Maßlose steigern. Geradezu unwürdig und empörend ist die Behandlung der Inhaftierten. Mehring wurde trotz seines Alters und seiner schwachen Gesundheit in einem elenden Loche gehalten und ist erst jetzt ins Lazarett übergeführt. Frau Luxemburg wurde aus dem Frauengefängnis plötzlich nach dem Alexanderplatz geschafft und in einer engen **Zelle** untergebracht, die nur die Hälfte des normalen Luftraumes hat. Der Empfang von Besuchen und Zeitungen wurde ihr **verboten**, selbst der Besuch ihres Arztes wurde nicht gestattet. [illegible] Der Gesundheitszustand von Frau Luxemburg ist daher [illegible] geworden. Kurz vor der Sitzung wurde mir mitgeteilt, daß sie jetzt plötzlich nach Wronke in der Provinz Posen geschafft worden ist. Frau Käte **Duncker** ist unter Anrechnung der [illegible]

worden. Sie hielt dort wissenschaftliche Vorträge, aus denen sie einen Teil ihres Einkommens bestritt, worauf sie weniger verzichten kann, als ihr Mann zum Heeresdienst eingezogen ist.

Zwei 18jährige Mädchen

wurden in Schutzhaft genommen, weil sie Einladungszettel zu einer **Friedensdemonstration** auf dem Potsdamer Platz verbreitet haben. Daß auf den Zetteln stand „Nieder mit der Regierung!" ist doch nicht strafbar, das beweist uns ja Junius Alter und seine Gesinnungsgenossen, deren einer im Cafe Luitpold in München den Rat gab, den Reichskanzler aufzuhängen. Diese Mädchen wurden widerrechtlich 3½ Monate in Haft behalten, unter den niederdrückendsten Umständen. Man scheute sich nicht, sie mit einer **Prostituierten** zusammenzusperren. Wenn sie ohne Schaden an ihrer Seele aus dieser Haft zurückgekehrt sind, so verdanken sie das der hochsittlichen Lebensanschauung, die ihnen im Jugendbildungsverein beigebracht worden ist. Auch in der Einzelhaft am Alexanderplatz mußten die jungen Mädchen Zeugen der Gespräche der Strafgefangenen sein, die dort zum größten Teil Prostituierte sind.

Diese Schutzhaft ist geradezu eine Schmutzhaft.

(Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Wenn der Polizeipräsident sich amtlich schämen könnte, müßte er Scham empfinden vor diesen Arbeitermädchen. Die Mutter des einen 18jährigen Mädchens wurde **nicht benachrichtigt**, obwohl das Mädchen wesentlich zum Unterhalt ihrer Mutter und Schwester beitrug; der Vater steht seit **zwei Jahren im Felde**. (Zuruf b. d. Soz. Arb.: Das ist der Dank des Vaterlandes!) Nach ihrer Freilassung am 11. d. Mts. hat das Mädchen eine Versammlung des Jugendbildungsvereins besucht. Sofort wurde sie aufs Polizeipräsidium zitiert und dort wurde ihr von einem Beamten gesagt, dieser Versammlungsbesuch sofort nach ihrer Freilassung, sei eine unerhörte Unverfrorenheit. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz. Arb.) Es wurde ihr Schutzhaft während der Dauer des Krieges angedroht, wenn sie wieder eine Versammlung besuche. (Erneutes Hört, hört!) Auf ihren Einwand, der Jugendbildungsverein sei ein unpolitischer Verein, wurde sie von dem Kriminalbeamten angefahren, sie werde sofort in Haft behalten werden, wenn sie noch ein Wort sage. (Erneutes Hört, hört!)

So behandelt man im Zeichen der Neuorientierung ein Arbeiterkind.

Dieser Fall beleuchtet recht grell den Belagerungszustand. Sein Wesen ist **Willkür und Gewalt, Schamlosigkeit und Rücksichtslosigkeit**. Mit diesen Mitteln will man den Geist der Selbständigkeit, des Widerspruches und der Opposition systematisch töten. Darum Verhaftung und Einkerkerung von Angehörigen der Sozialdemokraten, die auf Seite der entschiedenen Opposition stehen. Auf diese Weise, bildet man sich ein, zertrete man der Schlange den Kopf. Die Herren sollten doch aus der Geschichte wissen, daß mit derartigen Gewaltmaßnahmen gerade das Gegenteil dessen bewirkt wird, was man erreichen will.

Der Vorwärts-Redakteur **Meyer**, dem man nichts vorwerfen kann, als eine den Behörden mißliebige Gesinnung, sitzt seit Monaten in Schutzhaft. Der Mann ist schwer lungenkrank aber alle Anträge, ihm den Besuch eines Sanatoriums zu gestatten, sind **abgelehnt** worden. Der Redakteur des Kürschner-Organs **Regge** wurde am 17. August in Schutzhaft genommen, weil er die Kriegspolitik des sozialdemokratischen Parteivorstandes bekämpft. Das Belastungsmaterial gegen ihn bildet ein Flugblatt, das er ein halbes Jahr vor seiner Verhaftung herausgegeben hat und in dem es sich um nichts anders handelt, als den Parteistreit in Teltow-Beeskow. Die Beschlagnahme des Flugblattes ist vom Oberkommando nicht aufrecht erhalten worden. Aber er und der Mitunterzeichner Klühs sitzen noch immer in Schutzhaft. Am 22. August erhielt Klühs die Nachricht, daß seine Frau in Kiel ins Krankenhaus gebracht sei und ihn zu sprechen wünsche. Sein dahingehender Antrag wurde **abgelehnt**. Der Arzt stellte eine Bescheinigung aus, daß mit dem **Ableben der Frau** gerechnet werden müsse; erst 6 Tage nachher wurde diese Bescheinigung für Klühs ausgehändigt. Am 25. September erhielt er ein Telegramm,

sie sei gestorben

und werde am 27. beerdigt. Unter Beifügung des Telegramms beantragte er Beurlaubung zur Beerdigung. Gleichzeitig gab er ein Telegramm an seinen Rechtsanwalt auf, das aber erst am 30. September, also drei Tage nach der Beerdigung, zur Beförderung zugelassen wurde. Er selbst erhielt erst am 2. Oktober einen vom 30. September datierten Bescheid des **Oberkommandos**, sein Antrag werde abgelehnt, da die Beerdigung bereits am 27. stattgefunden habe. (Große Unruhe bei den Soz. und Soz. Arb. — Pfuirufe und Rufe: Unerhörte Zustände!) **Sind das noch Menschen von Fleisch und Blut, die solche Antwort zu geben vermögen oder nicht vielmehr Schinder**, die mit den heiligsten Gefühlen Schindluder treiben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Arb.) Am 26. telegraphierte er nach Kiel, um sein Ausbleiben bei seinen Töchtern zu entschuldigen, er habe noch keinen Bescheid erhalten. Auch dieses Telegramm wurde erst am 30. abgeschickt, sodaß die **Kinder bei der Beerdigung ohne Nachricht** waren. Der Sohn von Klühs, der an der Front steht und zur Beerdigung beurlaubt war, schrieb am 20. September, er möchte seinen Vater sprechen, sein Urlaub laufe noch bis zum 4. Oktober. Am 30. September lief dieser Brief bei der Kommandantur ein, Klühs wurde er aber erst am 4. Oktober ausgehändigt, also als der Urlaub abgelaufen war. (Lebh. Hört, hört!) Schon am 9. September, als er zur Front abging, hatte der junge Klühs sich vergebens bemüht, seinen Vater zu sehen, es liegt also **System in diesem Verfahren**. Am 1. Oktober lief sein Mietsvertrag ab. Am 22. September beantragte er Urlaub zur Beschaffung einer Wohnung. Nach mehrfacher Wiederholung kam schließlich ein Schutzmann zu ihm, der ihm den weisen Rat gab, doch einen seiner Freunde mit der Beschaffung einer Wohnung zu beauftragen. Es kam zur **Räumungsklage** und es wurde Termin angesetzt. Aber Urlaub zur Wahrung des Termins wurde ihm **nicht** gewährt. Und gegen den Mann, den man in so empörender Weise behandelt, liegt nichts vor, als seine **mißliebige politische Gesinnung**. Er ist inhaftiert ohne jeden gesetzlichen Grund. Muß man da nicht den Eindruck gewinnen, daß es systematisch auf seine Vernichtung abgesehen ist. Welches staatliche Interesse könnte für solches Verfahren vorliegen!

Willkür und Brutalität

kennzeichnen dieses System und je länger es besteht, umso schlimmer wird es. Und genau wie in Berlin wird es auch in der Provinz gehandhabt. Der Redakteur **Oerter** in Braunschweig ist seit mehr als zwei Monaten in Haft gehalten, zusammen mit einem Gewerkschaftsbeamten. Weshalb, wird ihm nicht gesagt. Ein Untersuchungsverfahren hat man trotz ihres Verlangens nicht eingeleitet. Auf eine schuftige verleumderische **Denunziation** hin sind diese Leute eingesteckt, offenbar nur wegen ihrer oppositionellen politischen Gesinnung. Das Kriegsministerium soll am 22. Juli einen Erlaß herausgegeben haben, der eine mildere Praxis der Schutzhaft verlangt. Dem gegenüber verweise ich auf einen Erlaß des Generalkommandos in Danzig, in dem die Schutzhaft als Mittel empfohlen wird, [illegible] gegen den Lebensmittelwucher unschädlich zu machen. (Hört, hört!) Man verfährt nach dem [illegible] Schutzhaft und Schützengraben. [illegible]

hat in Elberfeld-Barmen der Fall des Arbeitersekretärs **Sauerwein** erregt, der inhaftiert wurde, weil er zur Opposition innerhalb der Partei gehört. (Hört, hört! b. d. Soz. Arb.) Nach drei Wochen drohte er mit Hungerstreik. Darauf wurde, nachdem er ihn zwei Tage durchgeführt hatte, gegen ihn eine Untersuchungshaft wegen **Landesverrat** und Aufreizung eingeleitet. Das Verfahren mußte aber auf Verlangen des Reichsanwalts selbst **eingestellt** werden. Nun wurde er aber nicht etwa freigelassen, sondern **erneut in Schutzhaft genommen**. (Lebh. Hört, hört!) Kurze Zeit darauf wurde er

als kriegsverwendungsfähig ausgehoben.

(Hört, hört!) Vorher war er d. u. Es fehlen ihm an der linken Hand mehrere Fingerglieder. (Hört, hört!) Trotzdem wurde er sofort **eingezogen** und wird nun für den Schützengraben ausgebildet. Der Fall hat, wie gesagt, maßlose Erbitterung unter der Arbeiterschaft ausgelöst. Der Abgeordnete des Kreises Ebert wird ja das wissen. Seine Verhaftung trifft besonders die vielen armen Leute, die vorher unentgeltliche Rechtsauskunft auf dem Arbeitersekretariat bekommen haben. Und da wundert sich das Generalkommando in Münster über die wachsende **Unzufriedenheit** in der Bevölkerung und sinnt nach neuen **Gewaltmaßregeln**, um ihr zu begegenen. Daß politisch Mißliebige zum Militär einberufen werden, ist am Niederrhein in sehr vielen Fällen vorgekommen, die große Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen haben. In Düsseldorf hat neuerdings ein Arbeiter sogar ein **Redeverbot** bekommen, weil er in einer Versammlung die **Speisen** in der Kriegsküche einer berechtigten Kritik unterzogen hat. (Hört, hört!) Die Willkür der Machthaber unter dem Belagerungszustand kennt eben keinerlei Maß.

Ein umfangreicher Apparat von Spitzeln

wird zu diesem Zweck aufgeboten, der sich täglich vermehrt. All diese Leute brauchten nicht mehr aus der Staatskasse erhalten zu werden, wenn man diese Art der Verfolgungen einstellen wollte. Ein großer Teil dieser Leute wäre dann sofort frei zu nützlicher Arbeit und für den Militärdienst, denn die Stellen dieser Leute sind größtenteils **Drückebergerstellen** vor dem Heeresdienst. Deshalb suchen sie täglich ihre Unentbehrlichkeit neu zu beweisen und verschaffen sich so Scheinarbeit und die Gloriole des Staatsretters. Diesen Augiasstall zu reinigen, dem System der militärischen Gewaltpolitik den Boden zu entziehen, ist die Pflicht der Volksvertretung. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes zuzustimmen. Nur dadurch ist es möglich, diese Zustände mit Stumpf und Stiel auszurotten, die eine Schmach und eine Schande des deutschen Namens sind. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Die Verhandlungen in der Kommission haben wohl bewiesen, daß es innerhalb der Reichsleitung niemand gibt, der Schutzhaft und Belagerungszustand als einen **idealen Zustand** ansieht. Wir haben dort all diese Fragen eingehend, ruhig und sachlich erörtert. Von unserer Seite und auch von Mitgliedern der Kommission sind die Gründe entwickelt worden, die es leider unmöglich machen, während des Krieges auf Belagerungszustand, auf Schutzhaft, Zensur und ähnliche unangenehme Dinge zu verzichten. Auch die Redner aus dem Hause, die vor dem letzten Herrn Redner gesprochen haben, waren der Ansicht, daß eine radikale Beseitigung des Belagerungszustandes im Kriege nicht möglich ist. Die Institution des Diktators stammt aus dem alten Rom, aus der klassischen Republik des Altertums. (Lachen links.) Wenn das Staatswesen im **Existenzkampf** stand, hat man es doch für notwendig befunden, die höchste Gewalt in die Hand eines einzelnen Mannes zu legen und hat diesen römischen Diktator mit Befugnissen ausgestattet, die viel größer waren als die Befugnisse der Schutzhaft und des Belagerungszustandes. Die ganze Entwickelung geht nach einem Ausgleich zwischen den Bedürfnissen des Staates und dem Bedürfnis des Rechtsschutzes für das Individuum. Je nach dem Kulturstand des einzelnen Staates wird

= 142388 =

einzelne

Weihnachtspakete

sind am vorjährigen Weihnachtsfeste zur Versorgung der **Kranken und Verwundeten in den Lazaretten des Kriegsschauplatzes**, für die **„Alleinstehenden"** und für **die Truppen des VI. Armeekorps im Felde** von den Abnahmestellen freiwilliger Gaben Nr. 1 und 2 für das VI. Armeekorps zur Absendung gelangt; dabei sind nicht einbegriffen die großen Sendungen die, an einzelne Truppenteile unmittelbar gerichtet, durch Vermittlung der staatlichen Abnahmestellen abgefertigt wurden.

Darum gebt erneut für unsere braven Truppen zum Weihnachtsfest!

Das ist die Weihnachtsbitte, die von allen Kriegern an die Heimat gerichtet wird!

Liebesgaben und Weihnachtsliebesgaben

nehmen die staatlichen Abnahmestellen freiwilliger Gaben Nr. 1 und 2 für das VI. Armeekorps, Breslau V, Tauentzienplatz 1b, II jederzeit gern entgegen.

Freiherr von Reitz [illegible]

Delegierte der Abnahmestellen freiwilliger Gaben [illegible] für das VI. Armeekorps

dies Gleichgewicht zu verschiedenen Grundlagen gelangen. (Ironische Rufe bei der soz. Arbeitsg.: Sehr wahr!) Wir stehen nicht auf der untersten Stufe dieser Grundlagen. Wenn man die Verhältnisse im Frieden betrachtet, so haben wir stolz darauf sein können. (Lebh. Widerspruch bei der soz. A.) Ich bin stolz auf Deutschland. (Unruhe und Zurufe bei der soz. A.) Ich glaube, unsere verfassungsrechtlichen Zustände vor Ausbruch des Krieges, unser Kulturstand war ein solcher, auf den jeder Deutsche stolz sein kann. (Rufe: Nein, nein! bei der soz. A.) Ich hoffe, daß es uns bald möglich sein wird, wieder in diese Verhältnisse zurückzukommen aus Zuständen, in denen wir uns heute unter dem Druck der Notwendigkeit befinden. (Zuruf bei der soz. A.: Neuorientierung!) Von Neuorientierung spreche ich nicht. (Große Heiterkeit bei der soz. A. — Zuruf: Das glauben wir!) Ich bitte dringend, mich nicht ständig zu unterbrechen, sondern mich ruhig anzuhören. Also ich wiederhole, die große Mehrheit der Kommission — und das ist wohl auch die Meinung des Hauses — war einig darin, daß wir in einem Kriege, in dem es um die Wurzeln unserer Existenz ging, auf solche Befugnisse nicht verzichten können. Kein Staat verzichtet heute darauf. In Frankreich, England, Italien gehen die Befugnisse zum großen Teil erheblich weiter. Aber das soll keine Entschuldigung der Mißgriffe sein. Wir haben uns in der Kommission über die Beschwerdepunkte gleichfalls ruhig unterhalten. Wo Aufklärung gegeben werden konnte, ist sie gegeben, ich nehme an, in einer Anzahl von Fällen in befriedigender Weise. Wo das Material nicht zur Hand war, ist Untersuchung der Fälle zugesagt worden. Der Tendenz der vorliegenden Anträge stehen wir keineswegs ablehnend gegenüber. Wir sind bereits bemüht gewesen, nach derselben Richtung zu arbeiten und glauben bereits einiges erreicht zu haben.

Nun zu den Fällen, die der Abg. Dittmann vorgebracht hat. Ich will keine Kritik an Mitgliedern dieses Hauses üben, das steht mir nicht zu. Aber ich darf als deutscher Mann und Patriot doch die Erwägung anstellen, ob es gut getan ist, eine solche Reihe von Fällen hier im Hause, und damit vor der breitesten Oeffentlichkeit vorzutragen, ohne daß die Möglichkeit für uns besteht, darauf sofort im einzelnen zu antworten. Ich weiß nicht, ob das im Interesse des Vaterlandes liegt. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ja ganz unmöglich, einem solchen Vortrag zu folgen, das Material muß erst beschafft werden, es müssen Personen erst vernommen werden, um festzustellen, ob denn das alles stimmt. (Zurufe bei der soz. A.: Das ist in der Kommission vorgebracht worden!) Im Falle Klühs, wo es als besonders große Roheit hingestellt worden ist, daß es dem Manne verwehrt worden ist, seine Frau zu sehen, ist in der Kommission zum Beispiel festgestellt worden, daß der Mann seit 1909 von seiner Frau getrennt lebt und sie in Kiel hat sitzen lassen. (Große Unruhe und Zurufe bei der soz. A.) Auch dann würde ich das Verhalten ihm gegenüber nicht billigen, aber es kommt doch durch diese Tatsache ein ganz anderes Moment hinzu. (Erneute Unruhe und Zurufe bei d. Soz.) Dann hat Herr Dittmann gesagt, ich hätte erklärt, es sei ganz gut, daß Mehring verhaftet worden sei, er sei davor geschützt worden, wegen einer vollendeten Straftat verhaftet zu werden. Was habe ich gesagt? „Wir sind im Kriege und so hart es für den einzelnen sein mag, das Wichtigste ist doch das Interesse des Vaterlandes. Wir dürfen nicht zugeben, daß Streiks in Munitionsfabriken angezettelt werden." Und da stehe ich nicht an zu sagen, es ist mir lieber, daß der eine oder andere unschuldig leidet, als daß man einen Schuldigen laufen läßt. Damit kein Unheil für unser Vaterland entsteht, wird es in manchen Fällen nicht zu vermeiden sein, daß Unschuldige leiden. Das bedauern auch wir, und wo es sich herausstellt, wird die Schutzhaft aufgehoben und es wird für Remedur gesorgt werden. An einer anderen Stelle habe ich gesagt: Es war festgestellt, daß Mehring bei der Anstiftung der sogenannten Friedensdemonstrationen auf dem Potsdamer Platz beteiligt war. Niemand ist so naiv, solche Demonstrationen in dieser Zeit als etwas absolut Harmloses hinzustellen. Wir wissen, was daraus werden kann und was nahezu daraus geworden wäre. Darum sage ich, ist es mir lieber, daß obwohl Dr. Mehring über 70 Jahre alt ist, er in Schutzhaft sitzt, als daß Tote auf dem Potsdamer Platz liegen. Das halte ich aufrecht. (Abg. Hoch: Faule Ausrede!)

Vizepräsident Dove ruft den Abg. Hoch wegen dieses Zwischenrufs zur Ordnung.

Staatssekretär **Dr. Helfferich** (fortfahrend): Das Material, das Herr Dittmann vorgebracht hat, wird selbstverständlich auf das Allergenaueste geprüft werden. Er hat eine Reihe Fälle vorgetragen, die wenn sie so liegen, auf das Schärfste zu verurteilen sind (Bravo). Nicht nur von uns, sondern auch von den militärischen Vorgesetzten solcher untergeordneter Organe. Darüber kann nur eine Stimme herrschen. Aber man soll nicht solche Anschuldigungen in die Welt hinausgehen lassen, ohne daß vorher eine Untersuchung stattgefunden. Diese Untersuchung hätte Herr Dittmann in einem Falle, der das Haus besonders empört hat, vornehmen können, in dem Falle der jungen Mädchen, die mit einer Prostituierten zusammengesperrt wurden. Als Herr Dittmann in der Kommission einen solchen Fall andeutete, habe ich ihm zugerufen, er möge den Fall vortragen. Herr Dittmann hat geantwortet: Das behalte ich mir für das Plenum vor. (Lebh. Hört, Hört rechts). Das ist bezeichnend für die Absicht, von der Herr Dittmann geleitet ist und gegen diese Verfahren lege ich im Interesse des Vaterlandes schärfsten Einspruch ein. (Bravo rechts).

Abg. Dr. Paasche (Natl.):

Ich glaube der großen Mehrheit des Hauses aus dem Herzen zu sprechen, wenn ich sage, die Ausführungen des Abg. Dittmann haben einen so überzeugenden Eindruck gemacht, daß sie auf Tatsachen begründet waren, haben im Hause einen solchen Sturm der Entrüstung entfesselt, daß man erwartet hätte, daß der Staatssekretär, wie er es zum Schluß ja getan hat, die schärfsten Worte der Verurteilung gefunden hätte. (Zustimmung links, Rufe rechts: Das hat er ja!) Wenn solche Zustände möglich sind, wäre es im Interesse des Reichs und des deutschen Volkes gewesen, wenn der Staatssekretär offen und ehrlich gesagt hätte: Solche Zustände können und wollen wir nicht dulden. (Lebhafte Zustimmung links, erneute Zurufe rechts: Das hat er ja gesagt.) Es muß das strengste Strafmaß angewandt werden gegen die Beamten, die sich solche Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Der Staatssekretär hat ja zum Schluß gesagt, er billige das nicht (Zuruf rechts: Na also!), aber hier macht doch der Ton die Hauptsache (Sehr wahr! links). Es mußte eine offene Erklärung erfolgen, solche Zustände können und wollen wir im deutschen Volke nicht dulden. (Stürmischer Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich kann mein Erstaunen über diese Ausführungen nicht verhehlen. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß, wenn die Mitteilungen wahr sind, sie nicht nur im Hause, sondern auch bei der Reichsleitung und bei den militärischen Vorgesetzten der untergeordneten Organe schärfster Verurteilung sicher sind. Ich habe aber hinzugefügt: Bitte, verurteilen Sie nicht, ehe die Fälle geprüft sind.

Abg. Hauß (Els.): Elsaß-Lothringen ist leider zum klassischen Lande der Schutzhaft geworden. Mehr als 1000 Bürger sind dort im Laufe des Krieges in Schutzhaft genommen. [illegible]

genommen seien (Hört, Hört!). Da sich der anrüchige Charakter dieser Frau herausstellte und sie außerdem ständig die elsaß-lothringischen Behörden mit Denunziationen belästigte, hat man sie schließlich selbst in Schutzhaft genommen (Hört Hört!) In vielen Fällen handelt es sich nur darum, politische Gegner unschädlich zu machen. Das Gouvernement von Metz hat in einem Falle, von den Schutzhäftlingen verlangt, daß sie alle ihre Ehrenämter niederlegen (Hört, Hört!). Ein oberelsässischer Landtagsabgeordneter wurde in der Form in Schutzhaft genommen, daß er sich jeden Tag bei der Ortspolizeibehörde zu melden hatte und die Grenze der Gemeinde nicht überschreiten durfte. Erst als er versprach, auf sein Mandat zu verzichten, wurde er sofort wieder ein freier Mann (Lebhaftes Hört, Hört!). Schlimmer ist das Institut der Schutzhaft wohl noch niemals mißbraucht werden (Sehr wahr!). Der Begriff der Schutzhaft muß genau umschrieben werden. In der Kommission wird Gelegenheit sein, Fälle vorzubringen, die denen die Herr Dittmann vorgebracht hat, in nichts nachstehen (Hört Hört). Auch das Zwangsdomizil bedarf dringend der gesetzlichen Regelung. Eine Frau, deren zwei Söhne als Helden in diesem Kriege gefallen sind, wird seit Monaten im Gefangenenlager Holzminden festgehalten. (Hört, Hört! Zuruf: Das ist der Dank des Vaterlandes). Diese Mutter zweier deutscher Helden ist auf die Gnadengaben angewiesen, die sie von Damen der dort inhaftierten Halbwelt erhält. (Hört, Hört!) — Dieser Fall ist bereits im elsaß-lothringischen Landtag zur Sprache gekommen, leider ohne Erfolg (Stürm. Hört, Hört!) Ich hoffe, daß nunmehr endlich ihrer Lage ein Ende bereitet wird.

Abg. Fehrenbach (Ztr.):

Wir wollen mit dem Staatssekretär stolz sein auf das Deutschland der Gerechtigkeit und der Kultur. Der Staatssekretär hat auch recht, daß Herr Dittmann das hier Vorgetragene zunächst im Haushaltsausschuß hätte vortragen müssen. Er hat auch recht, wenn er sagt, die Fälle sind nur zum Teil richtig, und ich habe die feste Hoffnung, daß vieles sich als unbewiesen herausstellen wird. Auch der andere Teil muß gehört werden, und dann erst wollen wir das Urteil fällen, und wenn es notwendig ist, ein verdammendes Urteil. Aber es ist doch bereits soviel festgestellt, daß die Entrüstung des ganzen Hauses begründet war. (Lebh. Sehr richtig!) Und was Herr Paasche zum Ausdruck gebracht hat, hat der Stimmung des Hauses entsprochen. Es ist schon jetzt soviel festgestellt und viele von uns wissen jetzt schon aktenmäßig, daß es sich um Zustände handelt, die nicht zum Ruhme des Deutschen Reiches gelangten. (Lebh. Zustimmung.) Auch in der gegenwärtigen Lage muß das Recht bestehen, stattdessen handelt es sich um Gewaltmaßnahmen, die sich weder vom Gesichtspunkte des Rechts noch der Humanität werden rechtfertigen lassen. Für die Schuldigen darf es eine Milde nicht geben,

sie haben sich am deutschen Namen versündigt

und der Achtung Deutschlands unendlich geschadet. (Lebh. Sehr richtig!) Der heutige Tag wird hoffentlich als reinigendes Gewitter wirken. Wir wollen, daß Deutschland auch in Zukunft und auch während des Krieges das gerechte, das von der Kultur getragene Deutschland ist, und wo dagegen gefehlt worden ist, muß mit voller Energie und voller Strenge eingeschritten werden. (Lebh. Beifall).

Abg. Scheidemann (Soz.):

An die Spitze meiner kurzen Ausführungen stelle ich wie bereits am 11. d. Mts. die Worte „Fort mit dem Belagerungszustand". Er ist der häßliche Boden auf dem alle diese niederträchtigen Dinge erst möglich geworden sind. Sie waren so erstaunt über das hier Vorgetragene, weil Sie keine Kenntnis von diesen Dingen hatten, denn die Zensur ließ nicht zu, daß in der Presse etwas davon mitgeteilt wurde. Nur weil die frische Luft der Oeffentlichkeit fehlt, konnten sich diese Dinge entwickeln. Unendlich viel ist über die Zensur geredet worden, leider vergeblich. Ich habe am 11. Oktober den Fall des mehr als 70jährigen Mehring herausgegriffen. Was haben wir aber nachher noch für Fälle erlebt. Professor Quidde, ein fortschrittlicher Abgeordneter, hat den Befehl erhalten, Berlin binnen 24 Stunden zu verlassen! (Lebhaftes Hört, hört!) Ich will nicht weitere Fälle anführen, es handelt sich keineswegs nur um Leute aus dem Arbeiterstand, auch bis in die hohe Diplomatie hinein sind Männer monatelang eingekerkert worden, die das Deutsche Reich im Auslande vertreten haben. Der Staatssekretär sagt, es seien nur einzelne Fälle vorgeschlagen worden. Das mußte geschehen, weil alles, was in der Kommission und in den persönlichen Auseinandersetzungen vorgetragen worden ist, nichts genützt hat. (Lebh. Sehr wahr!) Da muß schließlich hinausgeschrien werden, was wir alle in gleicher Weise verurteilen. (Lebh. Zustimmung.) Was in der Kriegszeit notwendig ist, wurde von Anfang an vom ganzen Hause bewilligt. In Bezug auf militärische Maßnahmen muß Vorsicht herrschen, aber was darüber hinausgeht, ist vom Uebel. Der Belagerungszustand ist geradezu ein Unglück für das Reich. Und in wie kleinlicher Weise schikaniert man die in Schutzhaft Genommenen. Während des Krieges von 1870 nahm man Leute, die man für gefährlich hielt, auch in Haft, aber in Festungshaft, in das, was man eine Ehrenhaft nennt. Wir haben also einen Rückschritt schlimmster Art zu verzeichnen. Die aus Elsaß-Lothringen vorgetragenen Fälle sind gewiß sehr schlimm, aber noch viel schlimmer ist die Art und Weise, wie dort unser Militär in Bezug auf die Sprache der Leute, die kein Deutsch können, zum Teil vorgegangen ist. Wenn die deutschen Truppen durch das Anhören französischer Laute sich erschreckt fühlen und einschüchtern lassen könnten, würden sie sich vor den französischen Schützen kaum ihrer Haut wehren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß wollen wir stolz sein auf Deutschland, auf das deutsche Volk und auf die Leistungen des deutschen Heeres. Aber

zum Stolz auf die bureaukratischen Staatsmänner haben wir nicht die geringste Veranlassung.

(Lebh. Sehr richtig!) Die deutschen Truppen kämpfen nicht für die Aufrechterhaltung der Zustände vor dem Kriege und noch weniger für die Aufrechterhaltung der Zustände, die wir jetzt erleben. Sie kämpfen für das werdende Deutschland, das ganz anders aussehen soll. (Lebh. Zustimmung.)

Der Staatssekretär sagt, es handelt sich nur um einzelne Fälle. Aber sie summieren sich in sehr bedenklicher Weise. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Da muß man eben verlangen, daß der Boden verurteilt wird, auf dem sie möglich geworden sind, da muß man alle rufen: Fort mit dem Belagerungszustand. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn je ein Volk sich bewährt hat und Vertrauen verdient, so ist es das deutsche, das in diesen zwei Jahren das Menschenmögliche geleistet hat.

Ein solches Volk behandelt man nicht so.

(Sehr richtig!) Deshalb noch einmal fort mit dem Belagerungszustand. Die Vorschläge, Reformen zu schaffen, sind nur Stückwerk. Nur mit der Beseitigung des Belagerungszustandes werden alle diese Dinge unmöglich, die wir haben hören müssen. Noch eine Sitzung wie die heutige und wir müßten uns in der Tat der Zustände in Deutschland schämen. Das wollen wir nicht; wir wollen nicht Zustände einreißen lassen, deren wir uns schämen müssen, sondern wir wollen, daß Zustände entstehen, auf die wir alle stolz sein können. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Die heutigen Verhandlungen haben gezeigt, wie unhaltbar der gegenwärtige Zustand ist. Eine Reform des Gesetzes über den Belagerungszustand von Grund auf ist nötig. [illegible] Quidde. Ist es wirklich nötig, [illegible]

fortgesetzt neue Märtyrer zu schaffen. Der heutige Zustand ist tatsächlich zu einer Gemeingefährlichkeit für die deutsche Sache geworden. Die Einmischungen in bürgerliche Angelegenheiten sind geradezu unbegreiflich und lassen sich nur durch ein krankhaftes Machtgefühl erklären. (Sehr wahr!) Wir haben nicht einen Diktator, sondern Dutzende von Diktatoren, die zuweilen gegeneinander arbeiten. Daß in Paris, London und Rom ähnliche Zustände bestehen, ist für uns nur ein schwacher Trost. Der heutige Zustand muß beseitigt werden, je eher, desto besser. Ich rufe der Regierung zu, geben Sie dem Volke mehr Freiheit, und Sie werden im Volke mehr Vertrauen erwerben. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Seyda (Pole):

Die Entrüstung des Hauses ist einer Steigerung nicht mehr fähig. Deshalb will ich einzelne Fälle nicht mehr anführen obwohl gerade die polnische Bevölkerung unter der Schutzhaft besonders zu leiden hat. Notwendig ist nicht morgen, sondern heute und sofort die Aufhebung des Belagerungszustandes. Sollte das nicht möglich sein, so muß mindestens den schlimmsten Mißbräuchen durch eine gesetzliche Regelung der Schutzhaft ein Riegel vorgeschoben werden. (Beifall links und im Zentr.)

Oberst v. Wriesberg:

Die Situation besonders im Reichsland erforderte im Interesse der Sicherheit des Heeres ein scharfes Vorgehen. Es ist möglich, daß zuweilen daneben gehauen wurde, doch ist die Heeresverwaltung gegen Fehlgriffe stets mit Nachdruck vorgegangen.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.):

Je länger der Krieg dauert, um so schlimmer ist es geworden. Ein schnelles Eingreifen ist auch auf Grund der bestehenden Gesetze möglich, zumal wir noch kurz vor Kriegsausbruch das Spionagegesetz geschaffen haben. Der Staatssekretär Helfferich will es nicht wahrhaben, daß er für das deutsche nationale Zuchthaus eingetreten ist. Aber er hat tatsächlich in der Kommission gesagt, es ist besser, es kommt einer in Schutzhaft, als er bleibt in Freiheit und begeht etwas, wofür er schwer bestraft wird. Nicht alle Fälle konnte ich in der Kommission vortragen, weil ich das Material noch nicht hatte. Aber die Angelegenheit der beiden Mädchen und den Fall Klühs habe ich in der Kommission vorgebracht, sie wurden aber nicht erledigt. Ich habe auch in der Kommission ausdrücklich erklärt, ich würde im Plenum aus einem Briefe eines der beiden Mädchen Stellen verlesen, die über das Zusammensperren mit Prostituierten und die Wirkung dieses Zusammenlebens Aufschluß geben. Die Regierung hätte die Akten also herbeischaffen können. In unzähligen Fällen ist man im Interesse der Verhafteten bei Zivilbehörden und militärischen Stellen vorstellig geworden. Das Resultat war fast immer ein Achselzucken und die Erklärung: Wir können nichts machen, die Generalkommandos sind souverän. Deshalb habe ich diese Dinge heute zur Sprache gebracht. Ich wollte Aenderung und Besserung erzielen, und das kann nur dadurch geschehen, daß das ganze System rücksichtslos und öffentlich an den Pranger gestellt wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich habe keinen Zweifel daran gelassen, daß wenn die von den Abgg. Dittmann und Hauß vorgebrachten Fälle wirklich so liegen, sie auch von der Reichsleitung und von den militärischen Instanzen aufs schärfste mißbilligt werden. (Zuruf bei den Soz.: Das genügt nicht.) Diese Verurteilung und Mißbilligung ist selbstverständlich nicht nur theoretisch. Aber ich verurteile keinen Beamten, ehe ich ihn gehört habe. Wo Mißstände festgestellt sind, beseitigen auch wir sie. Wir sind bemüht, auf gleichem Wege mit Ihnen zu arbeiten. Die Tendenz des Antrages ist uns sympathisch und wir hoffen auf diesem Wege eine Besserung zu erreichen. Aber schütten Sie das Kind nicht mit dem Bade aus. Während des Krieges steht das Vaterland höher als das Recht des Einzelnen. Deshalb kann ich mir eine Abschaffung des Belagerungszustandes während des Krieges nicht denken, aber wir wollen versuchen, ihn so zu verbessern, daß auch das Recht des Einzelnen, soweit wie irgend denkbar damit verträglich, gewahrt wird. (Bravo!)

Oberst v. Wriesberg: Von den Militärbehörden werden die ihnen vorgetragenen Fälle stets genau geprüft und gegebenenfalls tritt auch Besserung ein.

Damit schließt die Diskussion. — Der Entwurf zur gesetzlichen Regelung der Schutzhaft wird einem besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe von Petitionen vertagt sich das Haus auf Montag 3 Uhr. (Zensur und Belagerungszustand, Berichte des Ausschusses für Handel und Gewerbe).

Schluß 7 Uhr.

Denkt an uns! Sendet

Salem Aleikum

(Hohlmundstück)

Salem Gold

(Goldmundstück)

Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis: Nr 3½ 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück
einschließlich Kriegsaufschlag

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
50 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient. Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze Dresden.
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

Trustfrei!